:antifaschistische nachrichten

Nr. 7

g 3336 9.4.2009 25. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Die Einwohner/innen der Elsassmetropole Strasbourg waren vergangene Woche, anlässlich des Jubiläumsgipfels der NATO in ihrer Stadt, einer regelrechten Belagerungssituation unterworfen. Die Polizei erprobte offenkundig eine Form der „Strategie der Spannung“: die Verrücktesten unter den „Randalierern“ und Polit-Hooligans ungestört ihr Werk verrichten lassen, und zur selben Zeit die Masse der Demonstrierenden angreifen! Die Demo litt zudem an einem seriösen Mangel, nämlich an einem tauglichen Ordnungsdienst, u.a. wohl aufgrund der schwachen Präsenz der französischen Gewerkschaften. Während mehrere Gebäude (äußerst sinnlos) in Flammen aufgingen, warfen die „Sicherheits“kräfte von Hubschraubern aus Tränengas in die Menge. Auflösungserscheinungen und Chaos prägten zeitweise die Demonstration. Die Berichterstattung am Tag danach wird durch die „Gewalt“frage dominiert...

Samstag, 4. April 2009. Um die Mittagszeit erfahren wir im Stadtzentrum von Strasbourg: Keine öffentlichen Verkehrsmittel fahren heute! Eine der vielen Auflagen und Schikanen, die in den letzten Tagen die Einwohner/innen der ostfranzösischen Metropole ebenso wie die Zugereisten treffen: Nach dem Aussetzen aller Zugverbindungen von und nach Deutschland (stattdessen verkehren Ersatzbusse, die aber durch die Polizeikräfte nach Belieben aufgehalten werden) in den letzten 48 Stunden, der Einrichtung von No-Go-Areas in Gestalt der so genannten „roten“ und „orangefarbenen“ Zonen ist dies nur ein weiteres Glied in einer Kette wahnwitziger „Sicherheits“maßnahmen.

Die Militarisierung der Stadt

Von 40.000 Einwohner/inne/n der farblich

Inhalt:

„Pro" in Heilbronn

HEILBRONN. Die vor eineinhalb Jahren gegründete „Bürgerbewegung pro Heilbronn" will am 7. Juni 2009 zur Gemeinderatswahl antreten. Angeführt wird die 40köpfige Kandidatenliste von ehemaligen Aktivisten der sogenannten „Republikaner". Der Gärtnermeister Alfred Dagenbach aus Böckingen war im November 2000 in den Bundesvorstand der extrem rechten Partei gewählt wordem. Der Industriemeister Heiko Auchter aus Klingenberg war stellvertretender Bezirksvorsitzender. Dagenbach und Fred Steininger (Frankenbach), der auf Platz drei der Kandidatenliste steht, gehören heute dem Vorstand der „Bürgerbewegung pro Deutschland" an, die von dem Stadtrat der extrem rechten „Bürgerbewegung pro Köln", Manfred Rouhs, geleitet wird. Rouhs, ehemals Funktionär der „Jungen Nationaldemokraten", bemüht sich schon seit einiger Zeit um den Aufbau von Strukturen. Bei den letzten Kommunalwahlen in München erlitt die selbst ernannte „Bürgerbewegung" allerdings eine erste große Niederlage. Dagenbachs „Bürgerbewegung pro Heilbronn" gibt sich betont bieder. Bisher versuchte man u.a., den zunehmenden Verkehr in der Stadt zu thematisieren und sammelte Tausende Unterschriften unter Petitionen. Mit Forderungen nach Erhalt und Neugestaltung von grünen Freiräumen in der Stadt und für eine freundliche Verwaltung versucht man, sich einen bürgernahen Anstrich zu geben. An Informationsständen gaben – nach eigenen Angaben – rund 250 Heilbronner ihre Unterstützungsunterschrift für „Pro Heilbronn" ab. Was weitaus mehr wären, als die 150 Unterschriften, die für eine Kandidatur notwendig sind.

hma ■

„Euro Pro Life" in Münster

MÜNSTER. Begleitet von Protesten hat die „Lebensschützer"-Organisation „Euro Pro Life" (Europäische Stimme der ungeborenen Kinder: „Protect Our Life") am 14. März ihren Gebetszug „1000 Kreuze für das Leben" in Münster durchgeführt. Zählte die lokale Presse im vergangenen Jahr noch 500 TeilnehmerInnen, waren es in diesem Jahr schon deutlich weniger. Die etwa 200 Gebetszügler sahen sich in diesem Jahr konfrontiert mit einer bunten und kreativen Protestaktion des „Antisexistischen Bündnisses". Die örtliche Polizei, unterstützt von Polizisten aus Düsseldorf und Bochum, reagierte unverhältnismäßig und kesselte im Laufe des Tages mindestens 129 GegendemonstrantInnen – teilweise für Stunden – ein und stellte deren Personalien fest. Der zufällig vorbeikommende Weihbischof Franz-Josef Overbeck distanzierte sich – laut – spontan von dem Gebetszug. Dies sei keine Veranstaltung des Bistums Münster. Das 1971 von Günter Stiff gegründete „Christoferuswerk e.V." in Münster erstattete Anzeige gegen die GegendemonstrantInnen. „Euro Pro Life" hatte den Gedenkzug professionell vorbereitet. Aus vier verschiedenen Richtungen (Aachen-Düsseldorf, Köln-Remscheid, Bottrop-Recklinghausen und Dortmund) verkehrten Busse nach Münster. Der nächste Gebetszug soll am 6.Juni in Fulda stattfinden.

hma ■

25 Jahre „JVL"

KÖLN. Am 8. Mai will die „Juristen-Vereinigung Lebensrecht e.V." (JVL) im Kölner „Senatshotel" ihr 25-jähriges Bestehen feiern. Als Festredner eingeladen ist der Bonner Staatsrechtler Prof. Dr. iur. Dr. h.c. Josef Isensee, der über den „grundrechtlichen Konnex von Leben und Menschenwürde" sprechen soll. Noch im September vergangenen Jahres hatte Isensee das polizeiliche Verbot des „Anti-Islamisierungskongresses" der extrem rechten „Bürgerbewegung pro Köln" massiv kritisiert. Das Kundgebungsverbot sei „eine Blamage des Rechtsstaates gewesen", so Isensee gegenüber der „Berliner Morgenpost". Kritik übte Isensee auch an NRW-Ministerpräsident Rüttgers, der von einem „Sieg der Zivilcourage" gesprochen hatte. Das sei, „staatsrechtlich gesehen, eine geradezu skandalöse Bewertung". Isensee war in der Vergangenheit als Referent u.a. beim „Studienzentrum Weikersheim", bei der „Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks" in Bonn und beim „Forum Deutscher Katholiken" angekündigt worden.

Die 1984 von Juristen verschiedener Fachrichtungen, darunter namhafte Verfassungs- und Strafrechtler, gegründete „JVL" bezieht, nach eigenen Angaben, „Stellung in der rechtswissenschaftlichen sowie der rechtspolitischen Diskussion und pflegt den interdisziplinären Dialog über alle Fragen des Lebensschutzes".

Vorsitzender des „Wissenschaftlichen Rates" der „JVL", die „für den wirksamen Schutz des menschlichen Lebens in allen seinen Phasen eintritt", war Mitte der 80er Jahre Prof. Dr. Willi Geiger. Geiger war während des Naziregimes NSDAP-Mitglied und SA-Rottenführer und wirkte später als Staatsanwalt am NS-Sondergericht Bamberg an mehreren Todesurteilen mit. So u.a. gegen einen 18-jährigen Polen als „Volksschädling", der eine Beziehung zu einem deutschen Mädchen gehabt hatte. Nach dem Krieg machte Geiger schnell wieder Karriere und brachte es bis zum Richter am Bundesverfassungsgericht, wo er 1975 am sog. Extremistenbeschluss mitwirkte, in dem Berufsverbote für den Öffentlichen Dienst für rechtmäßig erklärt wurden.

hma ■

Sauerzapf in Kiel

KIEL. Der ehemalige Dekan des Bundesgrenzschutzes, Dr. Rolf Sauerzapf, soll am 17. April beim „Bismarckbund e.V." in Kiel referieren. „Wilhelm II. und die Religion" heißt der Titel des Vortrages, der im „Saal Kaiser Friedrich" stattfinden soll. Sauerzapf war 2003 zum neuen Vorsitzenden der „Hilfsaktion Märtyrerkirche" gewählt worden. Anzeigen der Hilfsorganisation für „verfolgte Christen" wurden unlängst auch in der „Jungen Freiheit" abgedruckt.

hma ■

Nazis aufhalten

LÜNEBURG. Unter dem Motto „Gegen linke Gewalt" wollen Neonazis am 11. April 2009 einen Aufmarsch in Lüneburg durchführen. Nachdem es in den letzten Monaten zu verschiedenen antifaschistischen Aktionen gegen die beiden Lüneburger Naziläden „Hatecore" und „Black Crow Tattoo" gekommen ist, wollen die Neonazis nun auf die Straße gehen. AntifaschistInnen rufen dazu auf, dies gemeinsam zu verhindern. Gegen den Naziaufmarsch wird es u.a. eine Bündnisdemonstration mit einem Antifa-Block geben.

mehr Infos unter: http://www.nazis-aufhalten.de ■

FPÖ: ‚Gewaltige Erfolge bei Arbeiterkammerwahl'

WIEN. Die Freiheitlichen unter HC Strache haben bei den Oberösterreichischen Arbeiterkammerwahlen und den Tiroler Landwirtschaftskammerwahlen deutlich an Stimmen gewonnen.

„Bei der AK-Wahl im Bezirk Schärding konnten wir uns von 7,8 auf 18,4 Prozent verbessern", verkündete FP Bundesparteiobmann HC Strache. Ebenfalls beeindruckend, so Strache, seien die gewaltigen Gewinne bei den Tiroler Landwirtschaftskammerwahlen. „In Osttirol konnten wir über 17,5 % der Stimmen erzielen, in Gesamttirol konnten wir uns auf über 8,2 % verdoppeln", so Strache. Strache führte die Gewinne darauf zurück, dass die FPÖ eine „soziale Heimatpartei" sei, „die als einzige die Interessen der Bauern vertritt, die Gefahr laufen durch die verfehlte EU-Politik ihre Höfe zu verlieren".

Quelle: http://www.ots.at/presseaussendung.php?schluessel=OTS_20090328_OTS0038&ch=politik ■

„Rainer, wir werden dich töten“ – Erneuter Neonazi-Überfall auf ver.di-Sekretär

ESSEN. Rainer Sauer, ver.di-Sekretär im Bezirk Essen, ist erneut Opfer eines Überfalls von Neonazis in seiner Heimatstadt Bocholt geworden. Am 11. März wurden er und seine Frau von drei Neonazis auf dem Heimweg angegriffen. Die Täter versuchten, die Scheiben von Sauers Auto einzuschlagen und sich gewaltsam Zugang zu verschaffen. Wenige Tage später erhielt Rainer Sauer Anrufe, in denen ihm damit gedroht wurde, ihn zu ermorden. Im Internet tauchte die Botschaft auf: „Rainer, wir werden dich am Wochenende töten“.

Die neuerlichen Vorkommnisse stehen in einer langen Reihe von Angriffen, denen der Gewerkschafter und Antifaschist seit Jahren ausgesetzt ist. Dabei werden die Einschüchterungsversuche immer aggressiver.

Anfang Juni 2008 wurden vor dem Grundstück des Gewerkschafters Schüsse abgefeuert. Die Polizei fand mehrere Patronenhülsen. Ein paar Tage später beschmierten Nazis Sauers Garagentor mit einer SS-Rune.

Mitte Juli erhielt der Gewerkschafter einen Drohbrief der Neonazi-Organisation „Sturmbrigade 35“: „Wir werden euch ausrotten“, hieß es darin. Besonders perfide sind die Drohungen gegen Sauers Frau und seine Tochter. Rainer Sauer ist Gründer und Mitglied der Bürgerinitiative „No Nazis – Bocholt stellt sich quer“, die sich anlässlich einer Nazidemonstration im Mai 2007 gegründet hatte.

Die Angriffe auf Rainer Sauer und seine Familie werden, nach langem Zögern, nun auch von der Polizei ernst genommen. Sie fährt verstärkt Streife am Haus des Gewerkschafters. „Überwältigend“, so Rainer Sauer, „ist die Solidarität vieler Menschen. So erreichten mich in den letzten Tagen über 50 Briefe und Mails von Gewerkschaften, Verbänden, Parteien und Kirchen. Das macht Mut“. Für den 18. April plant der ver.di-Fachbereich Medien eine Menschenkette um das Haus von Rainer Sauer.

Mehr Infos: www.no-nazis-bocholt.de und www.bocholt-stellt-sich-quer.de

Quelle: verdi-news.de 05/April 2009 ■



Über 3000 Menschen gegen den Naziaufmarsch in Lübeck!
Mit einer eindrucksvollen Kundgebung und einem Gedenken an die vom Bahnhof deportierten jüdischen MitbürgerInnen demonstrierten Menschen aus Lübeck, Schleswig-Holstein, Dänemark, Dresden usw. gegen einen Aufmarsch von Neonazis am 28.3. in Lübeck. Der Nazimarsch konnte zwar nicht gestoppt – ihre Marschroute aber verkürzt werden. Leider gab es Fälle von unverhältnismäßigen Polizeieinsätzen. Fotocollage: Lore Meimberg ■

1000 Menschen gegen den NPD-Bundesparteitag

BERLIN. Am Samstag den 4. April protestierten knapp 1000 Menschen gegen den ersten Tag des Bundesparteitags der NPD in Berlin-Reinickendorf. Eine antifaschistische Demonstration zog von Wittenau zum Tagungsort im Rathaus Reinickendorf.

Ein Teil der Delegierten erreichte den Saal nur unter Polizeischutz und massiven Beschimpfungen.

Nach einigen Querelen um den Tagungsort konnte die NPD ihren Bundesparteitag nun in Berlin-Reinickendorf abhalten. Zunächst hatte das Bezirksamt die Nutzung des Ernst-Reuter Saals im Rathaus des Bezirkes untersagt, da es sich bei der NPD um keine im Bezirk vertretene Partei handelt. Gegen dieses Vorgehen hatte die NPD allerdings erfolgreich Beschwerde vor dem Verwaltungsgericht eingelegt, das auch von der nächsten Instanz bestätigt wurde.

Um der NPD dennoch Protest entgegenzusetzen hatten die Kampagne „Zusammen! Gegen die NPD!“ im Bündnis mit zivilgesellschaftlichen Kräften eine Demonstration und mehrere Kundgebungen organisiert.

Auf Grund der kurzen Strecke traf die Demonstration bereits um 10.15 Uhr am Rathaus ein und vereinigte sich mit der dortigen SPD-Kundgebung. Das Rathaus wurde von der Polizei großzügig mit sogenannten Hamburger Gittern abgesperrt, um ein Vordringen direkt zum Ernst-Reuter-Saal zu unterbinden. Außerdem wurden die Anfahrtswege im Süden und Nordwesten gesichert.

Bei der Kundgebung am Nordgraben gelang es, die Kundgebung auf die Kreuzung zu verlagern und damit den Zugang zur Brücke zu blockieren. Trotz einer Aufforderung der Polizei via Lautsprecherwagen, die Kreuzung zu räumen und wieder zur eigentlichen Kundgebung zurückzukehren, blockierten die Antifaschist/innen von nun an weiter die Kreuzung. Die Polizei musste die Delegierten jetzt unter Polizeischutz durch die Blockade schleusen

Die ersten knapp 20 Nazis waren bereits gegen halb Acht vor dem Rathaus Reinickendorf und wollten Zugang zum Ernst-Reuter-Saal. Bis elf Uhr erschienen die meisten Delegierten der insgesamt rund 300 Teilnehmer/innen, darunter viele bekannte NPD-Kader, u.A. neben dem amtierenden Vorsitzenden Voigt und dessen Herausforderer Pastörs, jeweilige Vertreter_innen der unterschiedlichen Kreis- und Landesverbände. Auch der DVU-Vorsitzende Matthias Faust war gekommen.

Aufgrund der Tatsache, dass die NPD lediglich den Saal im Gebäude gemietet hatte und deshalb keinerlei Befugnisse im restlichen Gebäude besaß, setzte die Polizei unter dem wütenden Protest der Nazis durch, dass Medienvertreter_innen das Gebäude betreten durften.

Mit einer deutlichen Verspätung begann kurz vor 13 Uhr offiziell der Bundesparteitag unter dem Motto „Deutschlands starke Rechte“. Nach kurzen Einführungsreden entschied die Mehrheit der Delegierten die Presse auszuschließen, wegen der angeblichen „Anwesenheit einiger, dem gewaltbereiten linksextremistischen Spektrum zuzuordnenden Personenpotentials.“

Richtiger dürfte vielmehr sein, dass die NPD ihre internen Streitigkeiten nur ungern öffentlich austragen will und unabhängige Berichterstattung jenseits ihrer eigenen Parteipropaganda schon immer als „Systempresse“ und „Hofschreiberlinge des Systems“ diffamierte und ablehnte.

Die Wahl um den Parteivorsitz hat Udo Voigt mit 136 Stimmen gewonnen. Sein Herausforderer Pastörs erhielt 72 Stimmen.

Quelle: indymedia (gekürzt), vollständig auf: http://www.zusammen-gegen-die-npd.de/ ■

‚Partei Bibeltreuer Christen' tritt zur Europawahl an

Spitzenkandidat Lothar Gassmann steht für einen noch radikaleren Kurs
Auch PBC-Abspaltung „AUF" ist beim Urnengang im Juni mit von der Partie

von Peter Riggers

Die erzkonservative „Partei Bibeltreuer Christen" (PBC) hat ihre Unterstützungsunterschriften für die Europawahl im Juni 2009 zusammen bekommen und wird folglich antreten – mit einem Spitzenkandidaten, der für einen noch radikaleren Kurs stehen dürfte. Derweil geht auch die von dem ehemaligen PBC-Bundesvorsitzenden Walter Weiblen im Januar 2008 gegründete Partei „AUF – Partei für Arbeit, Umwelt und Familie" davon aus, dass sie bei der Europawahl mit von der Partie sein wird.

Die 1989 ins Leben gerufene PBC, die es nach eigenen Angaben auf bundesweit knapp 3.800 Mitglieder bringt, ist unter anderem wegen ihrer Attacken gegen Homosexuelle und Ausländer aufgefallen. Zum Beispiel wird in einem von dem Ehrenvorsitzenden Gerhard Heinzmann und dem damaligen Bundesvorsitzenden Weiblen unterzeichneten Flugblatt aus dem Jahre 2005 die „Begrenzung der weiteren Zuwanderung" von Ausländern und ihre „freiwillige Rückkehr in die Heimatländer" verlangt.

Darüber hinaus huldigt die Partei noch anderer „Feindbilder". Als Schritte gegen die „Innenweltvergiftung der Menschen unseres Landes" (O-Ton Gerhard Heinzmann) fordert die PBC in ihrem gültigen Grundsatzprogramm unter anderem, dass die Ehescheidung erschwert und für unverheiratete junge Frauen ein Soziales Jahr eingeführt werden müsse. Nach Auffassung der Partei sollten die „antigöttlichen Praktiken" Astrologie, Wahrsagerei und Horoskope in allen Schulen und Bildungseinrichtungen verboten werden. Prostitution müsse scharf überwacht und Pornographie ebenso wie „gotteslästerliches" Schrifttum illegal sein, so das PBC-Grundsatzprogramm.

Ein Schwerpunktthema der „Partei Bibeltreuer Christen" ist die Abtreibung. Man darf es wohl als „Verharmlosung des Holocaust" betrachten, wenn die PBC immer wieder Abtreibungen und den Massenmord an den Juden und anderen Menschen unter der Naziherrschaft in Deutschland gleichsetzt.

Warnung vor „Diktatur Europa" als zentrales Wahlkampf-Thema

Ursprünglich sollte der Ehrenvorsitzende Heinzmann die Kandidatenliste der PBC anführen, gefolgt vom Bundesvorsitzenden Ole Steffes. Aber dann entschieden sich die Delegierten für Dr. Lothar Gassmann. Nach ihm stehen jetzt Heinzmann und Steffes auf der Kandidatenliste.

Unter rechts orientierten Christen genießt DR. Lothar Gassmann einen sehr guten Ruf. Spätestens seit 1996 ist der Pforzheimer unter ihnen eine feste Größe. Damals initiierte der mittlerweile 49-Jährige die „95 Thesen zur Situation von Kirche und Gesellschaft im Lutherjahr 1996", in denen heftige Kritik an der angeblich zu liberalen Evangelischen Kirche geübt wird. Zwei Jahre später erklärte Lothar Gassmann öffentlichkeitswirksam seinen Austritt aus der Evangelischen Kirche als Institution: „Mein Austritt geschieht aus Glauben, nicht aus Glaubenslosigkeit." In den Kirchenleitungen sei „die neomarxistisch geprägte 68-er-Generation an die Macht gelangt",



PCB-Wahlwerbung zur Europawahl

die die Kirche durch die Auflösung bestehender Werte zerstören wolle.

Bis Ende März 2009 war der Theologe Gassmann als hauptamtlicher Beauftragter für Weltanschauungsfragen der evangelikalen Arbeitsgemeinschaft für Religiöse Fragen (ARF) tätig gewesen. Dann trennte sich die ARF von ihm – wegen einer „unterschiedlichen Sichtweise über manche Fragen im innerevangelikalen Bereich", wie es offiziell heißt.

Jetzt hat der PBC-Spitzenkandidat also viel Zeit für seinen Wahlkampf. Dessen zentrales Thema ist die Verhinderung einer „Diktatur Europa", die durch „Nichtdiskriminierungs-Gesetze" die Meinungs- und Predigtfreiheit von Christen massiv einschränken würde. Konkret zielt Gassmann auf Gesetze der Europäischen Union ab, die unter anderem homosexuelle Beziehungen vor Diskriminierung schützen sollen. Demgegenüber betont der PCB-Spitzenkandidat, dass Gott die Homosexualität als schwere Sünde verurteile. Gegnern der Homosexualität und anderen „sexuellen Zügellosigkeiten" drohe die Verfolgung und Bestrafung.

Bei der Europawahl wird die „Partei Bibeltreuer Christen" voraussichtlich Konkurrenz von der „AUF" des Ex-PBC-Chefs Weiblen bekommen. Der wollte ursprünglich die Mitglieder der PBC, der „Deutschen Zentrumspartei" und anderer stark konservativer, christlich orientierter Parteien zu einer neuen Partei zusammenführen. Er scheiterte jedoch mit diesem Vorstoß, so dass es zur „AUF"-Gründung als Abspaltung von der PBC kam.

Dr. Walter Weiblen war bis November 2008 Bundesvorsitzender der neuen Mini-Partei „AUF" und trat damals angeblich aus gesundheitlichen Gründen zurück. Im Januar 2009 wurde Dr. Peter Schneider sein Nachfolger, bis 1993 rheinland-pfälzischer Landesvorsitzender der „Ökologisch-Demokratischen Partei" (ÖDP) und stellvertretender Sprecher der ÖDP-Bundesprogrammkommission. Sein Stellvertreter Mathias Scheuschner war zuvor stellvertretender Bundesvorsitzender der „Deutschen Zentrumspartei". Mitglied des „AUF"-Bundesvorstandes ist auch der ehemalige stellvertretende Bundesvorsitzende und Bundesgeschäftsführer der PBC, Baldwin Schneider. Ein wesentlicher Unterschied zwischen PBC und „AUF" liegt darin, dass „AUF" auch für Nicht-Christen wählbar sein will. Das gesamte Erscheinungsbild kommt frischer und moderner daher – wenig überraschend, war doch Walter Weiblen früher als DaimlerChrysler-Manager beschäftigt und arbeitet nun als Unternehmensberater. ■

Treffen europäischer Rechtsextremisten in Mailand

Extrem Rechte aus ganz Europa wollen am 5. April in Mailand zusammentreffen, berichtet die österreichische Zeitung ‚Der Standard'. Organisiert wird die Veranstaltung von Italiens rechtsradikaler Bewegung Forza Nuova, die in Mailand eine Konferenz zum Thema „Unser Europa: Völker und Traditionen gegen Banken und Wucher" plant. An der Veranstaltung wollen sich nach Angaben der Turiner Tageszeitung „La Stampa" Anhänger des Front National sowie Mitglieder der deutschen Nationaldemokratischen Partei von Udo Voigt beteiligen. Aus Ungarn werden Mitglieder der rechtsextremen Partei MIEP erwartet. Aus Rumänien wollen Aktivisten der Noua Dreapta sowie aus Belgien Vertreter des Vlaams Belang kommen. Auch Anhänger einer rechten Bewegung aus Zypern werden erwartet, die sich gegen den EU-Beitritt der Türkei engagiert. Forza Nuova ist im Europaparlament durch den Abgeordneten Roberto Fiore vertreten, der in Straßburg die zurückgetretene Duce-Enkelin Alessandra Mussolini ersetzt hat. Forza Nuova setzt sich gegen „die Globalisierung, die von den Zionisten kontrollierte Wirtschaft, Abtreibung, Migranten und gegen Homosexuelle" ein, so Ballotta, Sekretär der Forza Nuova.

Quelle: http://derstandard.at vom 25.03.2009 ■

Protest gegen Rassistenkongress am 9. Mai wird breiter

Köln. Sechs Wochen vor dem von der selbsternannten „Bürgerbewegung pro Köln“ angekündigten Versuch, einen zweiten „Antiislamisierungskongress“ in Köln zu veranstalten, verstärkt sich der Widerstand gegen den geplanten zweiten Großaufmarsch der Rassisten. Unter der Überschrift „Aufgestanden, hingegangen, abgepfiffen“ ruft das „Bündnis gegen Pro Köln/Pro NRW“, das im vergangenen Jahr die Blockade des Heumarktes organisiert hatte, dazu auf, die Pläne von Rouhs, Beisicht & Co. auch diesmal zu durchkreuzen. Die Strategie der Antifaschist(inn)en unterscheidet sich allerdings von der im September 2008: Sie orientieren nicht auf eine Blockade der Veranstaltung sondern darauf, am öffentlichen Kongress teilzunehmen, um vor Ort ihrem Protest Ausdruck zu verleihen und die pro-Köln-Veranstaltung zu verhindern. Ziel ist eine Beteiligung so vieler Menschen, die etwas gegen rassistische Hetze haben und das auch sagen, dass die Durchführung der Hetzveranstaltung unmöglich gemacht wird.

Ältere werden sich vielleicht noch an die Protestaktionen gegen die Kanzlerkandidatur des CSU-Vorsitzenden Franz-Josef-Strauß erinnern: 1980 wollte Strauß in der Kölner Sporthalle eine Kundgebung zelebrieren. Hunderte seiner Gegner(innen) waren ebenfalls gekommen und bereiteten ihm akustisch einen heißen Empfang. Eine ganze Zeitlang war es Strauß unmöglich, sich gegen den Lärm durchzusetzen. Auch wenn es vor 29 Jahren nicht gelang, den Auftritt des bayerischen Rechtsaußen zu verhindern, wurde sein Wahlkampf doch erheblich behindert. Die „Stoppt-Strauß“-Aktionen waren letztlich erfolgreich, einen Bundeskanzler Strauß mussten die Menschen in der Bundesrepublik nicht erdulden.

Ähnliches könnte sich nach Meinung der Aufrufer(innen), unter denen sich zur Zeit u.a. attac, die VVN/BDA, die Antifaschistische Koordination Köln und Umgebung (AKKU) und viele andere befinden und deren Zahl stetig zunimmt, bei der Eröffnung des Kongresses von pro Köln abspielen: Der lautstarke Protest vieler tausend Kölner(innen) gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit kann die geplante rechte Zusammenrottung wie im September 2008 verhindern, wenn sich genug Menschen daran (und an anderen Aktionen, die vor allem vom Bündnis „Köln stellt sich quer“, in dessen Mittelpunkt die Kölner Gewerkschaften stehen) beteiligen.

Wes Geistes Kind die pro-Köln-Biedermänner, die nach außen hin gern als rechtspopulistisch oder sogar einfach nur konservativ auftreten, zeigt die Aprilausgabe der offen neonazistischen Zeitschrift „Nation & Europa“: Pro Köln und pro NRW haben in dem Blatt, in dem regelmäßig offene Antisemiten und Geschichtsrevisionisten schreiben und das als neonazistisches Theorieorgan gilt, die gesamte hintere Umschlagseite als Anzeigenfläche gebucht, um für ihren Kongress zu mobilisieren und um Spenden zu betteln. Die Spenden werden wohl auch dringend gebraucht: In einer ersten Reaktion auf die Ankündigung des Bündnisses, am Kongress teilnehmen zu wollen, hat pro Köln angekündigt, ihre Sicherheitsausgaben zu verdoppeln. Sorgen wir zuerst dafür, dass dies Geld zum Fenster hinausgeworfen ist und der Kongress abgepfiffen wird und dann, dass pro Köln den Wiedereinzug in den Kölner Rat verpasst. Die Chancen für beides stehen gut – packen wir´s an. *tri*

„KEINE STIMME FÜR NAZIS“

Köln. Um den rechten Kandidaturen im Wahljahr 2009 etwas entgegenzusetzen, hat sich in Köln unter Federführung der DGB-Jugend das Bündnis „Keine Stimme für Nazis“ gegründet, dem inzwischen viele Jugendorganisationen, aber auch weitere Bündnispartner angehören. (siehe website). Das Bündnis plant derzeit eine Vielzahl von Veranstaltungen innerhalb der Jugendkulturszene und darüber hinaus.

Dazu heißt es: „Unser Ziel ist es, klar zu machen, dass pro Köln eine rassistische Gruppierung ist. Derzeit hat die rechtspopulistische Gruppierung im Rat der Stadt Köln Fraktionsstärke und betreibt mit zielgerichteten Anträgen eine rechtspopulistische Politik. Wir möchten mit unseren Aktionen deutlich machen, dass die Wahl von pro Köln weder eine politische Alternative noch Protest ist. Jede Stimme, die bei der Wahl abgegeben wird, ist wichtig. Hierzu heißt unser Motto: „Keine Stimme für Nazis“ und „keine Stimme für pro Köln“.

Vom 25.4. – 1.5.2009 findet eine „Woche gegen Rassismus“ statt, u.a. gibt es eine gemeinsame Comedy Veranstaltung mit Serdar Somuncu. Das Programm von



Serdar heißt am 27.4.2009: „Nachlass eines Massenmörders“

Zusammen mit dem Bündnispartner „No Historical Backspin“ und dem „The Funky Chicken Club“ findet eine CLUBNACHT im Triple AAA und dem TheO statt. DJs und Live Acts legen bei diesem Charity Event umsonst auf und spenden das gesamte Geld an den Opferfund „Cura“ der Amadeu Antonio Stiftung, der Opfern von rechter und rassistischer Gewalt hilft und unterstützt.

Am 26.4.2009 findet ein Zeitzeugengespräch mit Theodor Bergmann statt und im Anschluss wird sein Film mit dem Titel: „Dann fangen wir von Vorne an“ gezeigt. „PERLA VITA“ – Bejarano & Microphon Mafia Lesung meets Konzert – ist das Motto für den 30.4.2009.

Am 9.5. wird sich das Bündnis an den Protesten gegen den geplanten „Anti-Islamkongress“ von pro Köln beteiligen.

Ausführliche Infos unter unter: www.keinestimmefuernazis.de & www.myspace.com/keinestimmefuernazis

Pro Köln muss zahlen und widerrufen

Köln. Am 1.4.2009 fanden beim Landgericht Köln zwei Verfahren gegen pro Köln statt, eines von der Fraktion der Partei DIE LINKE und eines von Fraktionsmitglied Claus Ludwig. Im ersten Verfahren ging es darum, dass pro Köln auf ihren Internetseiten wahrheitswidrig behauptet hatte, die Linksfraktion hätte bei der Verlängerung des Vertrages im KVB-Vorstand für Walter Reinarz mitgeklüngelt. Zur Unterlassung dieser Behauptung hatte sich pro Köln bereits verpflichtet, sich aber dagegen gewehrt, diese falsche Darstellung im Internet auch richtigzustellen. Das Gericht machte in der Verhandlung am 1.4.2009 deutlich, dass pro Köln zur Veröffentlichung des Widerrufes verurteilt wird, falls nicht zuvor freiwillig dieser Anspruch anerkannt wird. Bei Claus Ludwig ging es um weitere Forderungen gegenüber pro Köln und einzelnen Mitgliedern, die falsche Behauptungen über ihn verbreitet haben. Urteilsverkündung wäre in beiden Fällen am 6.5.2009. Insgesamt dürften die auf pro Köln, Rouhs und andere zukommenden Kostenforderungen etwa 6.000 bis 7.000 Euro betragen.

www.linksfraktion-koeln.de ■

Am 26. März 2009 hatte der Deutsche Bundestag die Chance, das unwürdige Gebaren der Bundesregierung in Gestalt von Bundeskanzlerin Merkel und Außenminister Steinmeier in der Entschädigungsfrage zu stoppen. Die Fraktion Die LINKE brachte einen Antrag ein, der die Bundesregierung zur Rücknahme der Klage gegen Italien vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag auffordert. Dazu der Arbeitskreis Distomo: [Link siehe unten]

Antrag im Bundestag – Deutschland soll Klage gegen Italien in Den Haag zurückziehen

Keine Staatenimmunität für Nazi-Kriegsverbrechen – NS-Opfer endlich entschädigen

Seit Jahrzehnten verweigern bundesdeutsche Regierungen den Opfern von NS-Verbrechen in ehemals von Nazi-Deutschland besetzten Ländern Entschädigungsleistungen. Entgegen der Propaganda aus Berlin hat die Bundesrepublik die Opfer von NS-Kriegsverbrechen in Griechenland, Italien und weiteren Ländern bis heute nicht entschädigt. Zahlungen gemäß sogenannter Globalabkommen in den 60er Jahren waren explizit nur für politisch, religiös oder „rassisch" verfolgte Menschen gedacht, nicht aber für die Opfer von Massakern und anderen Verbrechen.

Die Überlebenden des Massakers deutscher SS-Truppen im griechischen Distomo (10. Juni 1944) haben bereits im Jahr 2000 vor dem obersten Gerichtshof Griechenlands (Areopag) ein rechtskräftiges Urteil gegen die Bundesrepublik Deutschland erlangt, wonach diese ca. 22 Mio. Euro plus Zinsen an die Kläger zahlen muss. Die Bundesregierung hintertrieb die Durchsetzung des Urteils und nötigte die griechische Regierung, die begonnene Zwangsversteigerung deutscher Liegenschaften (Goethe-Institut) zu stoppen.

Die Kläger wandten sich daher an italienische Gerichte, um in Italien Vollstreckungsmaßnahmen zu ermöglichen. Mit Erfolg: Der oberste Gerichtshof Italiens (Kassationshof) erklärte die Vollstreckung in Italien im Juni 2008 für zulässig. Gleichzeitig erklärte der Kassationshof die Klagen italienischer NS-Opfer (ehemalige Zwangsarbeiter und Opfer von Massakern) vor italienischen Gerichten in mehreren Entscheidungen für zulässig. Doch Deutschland will auch diese Entscheidungen nicht anerkennen.

Stattdessen erhob die Bundesregierung am 23. Dezember 2008 Klage gegen Italien vor dem Internationalen Gerichtshof, um Vollstreckungsmaßnahmen zu stoppen. Die Bundesregierung versucht, den Internationalen Gerichtshof dafür zu missbrauchen, Ansprüche der Opfer von NS-Verbrechen weiter zu hintertreiben. Angeblich habe die italienische Justiz die Staatenimmunität Deutschlands missachtet.

Deutschland kann sich jedoch nicht auf Staatenimmunität berufen, weil das Privileg der Immunität für Verbrechen gegen die Menschheit, die Nazi-Deutschland begangen hat, nicht gilt. Dies hat der Kassationshof in Rom unmissverständlich dargelegt.

Deutschland bricht mit der Missachtung der griechischen und italienischen Urteile vor aller Öffentlichkeit internationales Recht und unterstellt den Opfern, ihre Klagen würden den Frieden gefährden.

Die Tatsachen werden so auf den Kopf gestellt.

Wenn selbst schwerste Kriegsverbrechen keine Haftung des Täterstaates zur Folge haben, ist das ein Freibrief, auch zukünftig Kriegsverbrechen zu begehen. Es darf angenommen werden, dass sich Deutschland mit seiner Klage auch für Auslandseinsätze der Bundeswehr den Rücken frei halten will.

Deutschland will gemeinsam mit der italienischen Regierung in Den Haag einen Prozess inszenieren, der von vornherein eine Farce ist. Denn die betroffenen Opfer wären an einem solchen Prozess nicht beteiligt.

Das Begleitprogramm in dieser Inszenierung soll eine deutsch-italienische Historikerkonferenz zu Themen des Zweiten Weltkriegs mit dem Ziel des Aufbaus einer „gemeinsamen Gedächtniskultur" liefern, die am 27./28. März 2009 ausgerechnet in der Villa Vigoni in Como/Italien stattfindet. Eben diese Villa wurde zur Sicherung der Ansprüche der Distomo-Kläger bereits gepfändet. Die Verweigerungshaltung gegenüber den Opfern deutscher Verbrechen soll also durch ein Feigenblatt verdeckt werden.

Der Arbeitskreis Distomo fordert, die Klage vor dem Internationalen Gerichtshof zurückzunehmen, die Urteile des Areopag und des Kassationshofs anzuerkennen und die rechtmäßigen Forderungen griechischer und italienischer NS-Opfer endlich zu erfüllen.

Hamburg, den 25.3.2009
Arbeitskreis Distomo

Antrag an den Bundestag: http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/121/1612168.pdf ■

Zehntausend Euro für eine Steckdose

Die Deutsche Bahn AG erhöht die Preise für das Gedenken an die Deportationsopfer / TV-Interviews auf Bahngelände verboten

Konstanz/Berlin. 24 Stunden vor Ankunft in Konstanz hat die Deutsche Bahn AG dem „Zug der Erinnerung" telefonisch mitgeteilt, dass eine Stromversorgung auf Gleis 1 des Hauptbahnhofs nicht zur Verfügung stehe. Um die Ausstellungswagen dennoch mit Licht zu versorgen, müssten 10.000,- Euro gezahlt werden. Zur Begründung heißt es, dass sich weder im Hauptbahnhof noch auf den Gleisanlagen eine geeignete Steckdose befinde. Die Sperrung des für sicher gehaltenen Stromzugangs erfolgt so kurzfristig, dass eine technische Alternative nur schwer herstellbar ist. Anfahrt und Aufenthalt des Zuges in Konstanz stehen in Frage. Damit verschärft die DB AG ihren Boykott, dessen bisheriger Höhepunkt das Verbot von Filmaufnahmen vor dem „Zug der Erinnerung" ist. Wie die Pressestelle der DB AG angeordnet hat werden „Interviews mit Initiatoren der Veranstaltung ... nicht auf DB-Gelände gemacht". TV-Berichterstattern ist es untersagt worden, auf den Haltebahnhöfen Interviews mit den Initiatoren des Gedenkens aufzunehmen. Dies berichten TV-Teams, nachdem sie bei der DB AG Drehgenehmigungen einholen wollten. Demnach ist es verboten, auf den Bahnsteigen bebilderte Stellungnahmen der Zugbegleiter aufzunehmen und auszustrahlen. Dieses Verbot, das die öffentliche Berichterstattung bewusst einschränken will und das Gedenken an die Deportationsopfer dem Belieben der DB-Zentrale unterwirft, beruft sich auf das Hausrecht. Offensichtlich sollen Kritiker der DB, die dem DB-Vorstand Geschichtsvergessenheit vorwerfen, mundtot gemacht werden.

Um das Gedenken an die Deportationsopfer in Konstanz trotz der neuen Behinderungen zu ermöglichen, hat der Verein die städtische Verwaltung gebeten, auf Gleis 1 einen dieselgetriebenen Stromgenerator bereitzustellen, der die provisorische Versorgung der Ausstellung doch noch sichern könnte. Ohne Beleuchtung sind die Exponate – Fotos und Dokumente der deportierten Kinder – nicht zu erkennen. Der Verein bittet die Konstanzer Öffentlichkeit um Hilfe und Unterstützung. „Die Deutsche Bahn AG setzt ihre Politik der Ignoranz, des Boykotts und der Unterdrückung des Gedenkens fort", heißt es in einer Stellungnahme der Zugbegleiter. „Gegen diese Geschichtsvergessenheit steht der stille Protest von bisher 280.000 Menschen, die auf die Bahnhöfe kommen, um die Deportierten zu ehren. Dieser Zuspruch ist stärker als jedes Verbot."

www.zug-der-erinnerung.eu ■

Wie das Bündnis gegen den Naziaufmarsch hält auch die Stadt Hannover an ihrer Öffentlichkeitsarbeit gegen den Naziaufmarsch am 1. Mai fest und hat eine eigene Kampagne dazu gestartet.

„Hannover steht auf – gegen rechts"

Stadt startet Kampagne im Vorfeld des 1.Mai 2009

Auszüge aus der Pressemitteilung vom 24.3.2009:

„Die Stadt hat die Kampagne vor dem Hintergrund entwickelt, dass am 1. Mai aus dem Umfeld „Freier Kameradschaften" eine Veranstaltung und Kundgebungen angemeldet sind. Sie will einen möglichst großen Teil der Stadtöffentlichkeit dabei unterstützen, am 1. Mai und im Vorfeld mit friedlichen und demokratischen Mitteln zu zeigen, dass Hannover mit Rechten nichts am Hut hat. Sie möchte die Hannoveranerinnen und Hannoveraner animieren, sich am 1. Mai, dem traditionellen Tag demokratischer Kundgebungen ab 10.30 Uhr auf dem in Hannover dafür typischen Platz, dem Klagensmart, an der friedlichen Veranstaltung zu beteiligen – und ab 12 Uhr ein Fest für Demokratie zu feiern. Vereinen, Verbänden und Einrichtungen, aber auch Geschäften und Einzelpersonen, die schon im Vorfeld Zeichen setzen möchten, stellt die Stadt nach Ostern „Hannover steht auf"-Plakate und -Aufkleber sowie Ansteckpins im quadratischen „Bunt statt braun"-Design zur Verfügung. Die Materialien können bei eigenen Veranstaltungen eingesetzt, in Geschäften ausgehängt, an Taxen und andere Fahrzeuge geklebt, an Freunde und Mitglieder verteilt oder einfach selbst getragen werden. Bei der Verwirklichung anderer Ideen leistet die Stadt gern Hilfestellung.

Die Stadt selbst wird unter anderem mit rund 330 Plakaten an Litfasssäulen, rund 100 Flaggen im Stadtgebiet, 30 Bodenaufklebern (Groundpostern) in der City, 20.000 CityCards und etwa 30.000 Getränkeuntersetzern in Gaststätten und Restaurants auf die Kampagne hinweisen. Sie wird dabei von der Hannover Marketing und Tourismus GmbH (HMTG) und dem DEHOGA unterstützt. Die Materialien sind nach Ostern beim Bürgerbüro der Stadt im Rathaus zu bekommen."

Für das Bündnis „bunt statt braun – Keinen Meter" führt der DGB-Vorsitzende aus: „Die Naziszene hat bereits angekündigt, gegen das Verbot juristisch vorzugehen. Wer die Rechtssprechung der letzten Jahre verfolgt hat weiß, dass die Justiz den Wert der Versammlungsfreiheit sehr hoch ansetzt und daher schon manches versammlungsrechtliche Verbot wieder zu Fall gebracht hat. ... Wir sollten unsere Vorbereitungen weiter voran treiben. Sollte das Verbot juristisch Bestand haben, werden wir einen starken antifaschistischen 1. Mai feiern. Sollte es aber doch noch zu einer Naziveranstaltung in Hannover kommen, sind wir gut vorbereitet."

Senioren solidarisch gegen rechts

Der Seniorenbeirat der Stadt unterzeichnet den Aufruf „Bunt statt braun" – gemeinsam gegen den Naziaufmarsch" des DGB zum 1. Mai. Das hat die Delegiertenvollversammlung des Seniorenbeirats beschlossen. „Wir fordern alle Senioren Hannovers auf, sich in Gesprächen und Diskussionen gegen Neonazis zu engagieren, Aktivitäten in den Stadtteilen zu unterstützen und am Fest für Demokratie teilzunehmen."

Nazis mobilisieren weiter

Auf der Netzseite der Nazis heißt es jetzt nach der Verbotsverfügung: „Für diese Netzseite gilt: Sie ist nicht länger als Aufruf zu einer Demonstration zu verstehen, sondern vielmehr als Hinweis auf eine möglicherweise stattfindende Veranstaltung, sollten die Gerichte das Verbot kippen." Unter „Aktuell" rufen sie aber weiter dazu auf, sich um 12 Uhr am Hauptbahnhof Hannover zu versammeln.

bee ■

Quellen: DGB Hannover, Stadt Hannover, Netzseite Nazis „arbeiterkampftag"

München. Gegen die „Meinungsdiktatur" wollen Neonazis um Norman Bordin und das so genannte „Freie Netz Süd" am Samstag, den 11. April 2009 eine „Soli-Demo" für den kürzlich mehrfach wegen Holocaustleugnung bzw. Volksverhetzung verurteilten Rechtsextremisten Horst Mahler abhalten. Antifaschist_innen kündigen Proteste an.

„Freies Netz Süd" plant Solidaritätsdemonstration für Horst Mahler

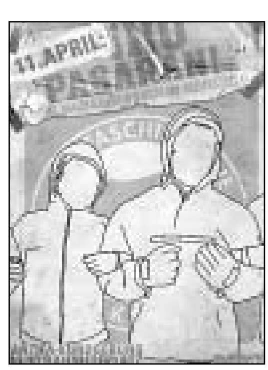
Nachdem der 73-jährige notorische Holocaustleugner in den letzten Wochen in Landshut, München und Potsdam zu insgesamt 12 Jahren Haft verurteilt wurde, wollen Neonazis aus dem erst vor Kurzem gegründeten „Freien Netz Süd" am 11. April gegen die „Meinungsdiktatur" einer „gesinnungsdiktatorischen Minorität" demonstrieren. Die „nationalen Sozialisten", die sich nach Streitigkeiten innerhalb der NPD um Norman Bordin, Norman Kempken und Matthias Fischer scharen, wollen damit einmal mehr die Leugnung der Shoah legitimieren und solidarisieren sich mit Mahler, Gerry Lauck und Gerd Honsik.

Daneben handelt es sich nach Einschätzung des A.I.D.A.-Archivs auch „um den schlichten Versuch [Bordins, Anm.d.Red.], in München innerhalb der neonazistischen Szene wieder Boden gutzumachen bzw. wieder Ansprüche auf „Führerschaft" anzumelden. Schließlich habe der Ottobrunner seit Längerem „nicht mehr an neonazistischen Aktionen in München teilgenommen.

Statt mit ihm hatten z. B. Roland Wuttke (NPD, BIA) und Karl Richter (NPD, BIA) zunehmend mit den Neonazis der „Freien Nationalisten München" kooperiert und Aktionen gemeinsam durchgeführt", so das Archiv.

Die antifaschistische Zeitschrift „Der rechte Rand" sieht das „Freie Netz Süd" wegen personeller und struktureller Überschneidungen als Nachfolger einer 2004 verbotenen Neonaziorganisation:

„Mit dem Projekt der Organisierung als parteifreie ‚Nationale Sozialisten' kehren vor allem Fischer, Kempken und Passon zu der Struktur zurück, aus der sie einst zur NPD stießen. Alle drei Aktivisten galten als führende Köpfe des im Jahr 2004 verbotenen Kameradschaftsdachverband ‚Fränkische Aktionsfront' (FAF). Die neuerliche Struktur könnte insofern durchaus als (illegale) ‚Nachfolgeorganisation' gesehen werden."



Antifaschist_innen rufen unterdessen zu Protesten gegen den geplanten Naziaufmarsch auf.

Die Neonazi-Demonstration soll nach Angaben der Abendzeitung „um 13 Uhr am Stachus beginnen. Die Neonazis wollen von dort zum Justizpalast in der Prielmayerstraße ziehen und dann über den Stiglmaierplatz zum Justizzentrum an der Sandstraße, wo eine Kundgebung geplant ist. [...] Anschließend geht es zurück zum Hauptbahnhof, wo um 17 Uhr Schluss mit dem braunen Spuk sein soll".

Treffpunkt für die antifaschistischen Proteste ist der Platz vor dem Hauptbahnhof (Schützenstraße), ab 10 Uhr.

Weitere Informationen unter: www.luzi-m.org ■

Petitionsausschuss des Bundestages behandelte VVN-BdA-Kampagne

Manchmal kommt doch noch Bewegung in Prozesse, die man schon nicht mehr erwartetet hat. Vor fast einem Jahr waren die mehr als 175 000 Unterschriften der NoNPD-Kampagne nach einer „Übergabeaktion" vor dem Bundestag an den Petitionsausschuss weiter geleitet worden und harrten dort ihrer weiteren parlamentarischen Bearbeitung.

Am 2. März diesen Jahres wurde unsere Forderung nun im Petitionsausschuss behandelt. Und zwar in einer öffentlichen Anhörung, in der auch die VVN als Petentin noch einmal ihr Anliegen vortragen durfte. Die Anhörung diente der Information und Verständigung der Fraktionen zum Thema, bevor der Ausschuss die Petition mit seiner Beschlussempfehlung an den Bundestag weiterleitet.

Bundesvorsitzende Cornelia Kerth erläuterte zu Beginn noch einmal kurz die Hauptgründe für unsere Verbotsforderung. Anschließend stellten die Ausschussmitglieder Fragen an die beiden Staatssekretäre Alfred Hartenbach (SPD/ Bundesjustizministerium) und Peter Altmaier (CDU/ Bundesinnenministerium). Die meisten Fragen drehten sich um die Problematik der V-Leute. So wollte Jerzy Montag von den Grünen wissen, ob es neben direkt aus der Naziszene angeworbenen V-Leuten auch solche gäbe, die als „Undercoveragenten" in die NPD eingeschleust wurden. Die Antwort von Altmaier bestätigte unsere These: V-Leute sind Faschisten mit „V". Undercoveragenten gibt es nicht. Aus der Art der Fragestellungen wurde sichtbar, welche Grundpositionen in den Parteien derzeit zu einem neuen Verbotsverfahren vorherrschen. SPD und LINKE sind für ein neues Verbotsverfahren, bei den Grünen sind die Meinungen gespalten. Monika Lazar, eine Grünen-Abgeordnete aus Sachsen, sprach sich gegen ein Verbot aus. Ihrer Meinung nach reichen die demokratischen Möglichkeiten zum Kampf gegen Neonazis aus. Die Bevölkerung von Sachsen hätte ja in diesem Jahr die Möglichkeit, die NPD wieder aus dem Landtag herauszuwählen.

Viel Sprengstoff verbarg sich in den Fragen von Siegmund Kauder von der CDU, der als Jurist nach den generellen formalrechtlichen Möglichkeiten eines Parteiverbots unter den derzeitigen Bedingungen fragte. Wenn man den Ausführungen der beiden parlamentarischen Staatssekretäre folgte, wäre ein Parteiverbot im Augenblick überhaupt nicht möglich. Der Rechtsstaat hätte sich damit selbst ausgehebelt. Er forderte die Regierungsvertreter auf, über Auswege aus diesem Dilemma nachzudenken. Eine Forderung, der man auch auf anderen Wegen Nachdruck verleihen sollte.

Generell machte die Anhörung deutlich, dass die Positionen der Parteien in Bewegung gekommen sind, ohne dass derzeit schon ein wirklicher politischer Wille für ein neues Verbotsverfahren vorhanden ist. Wir müssen also weiter Druck machen, die neue Kampagne „5000 Gründe für ein NDP-Verbot", die bis zum 8. Mai 2010 läuft, wird dazu beitragen.

Regina Girod aus ANTIFA Zeitschrift der VVN-BdA März/April 2009 ■

Fortsetzung von Seite 1: Bericht aus Strasbourg

Rauchsäulen am Horizont

Die Hoffnung, an diesem Samstagmittag mit der Straßenbahn zur Endhaltestelle Aristide-Briant fahren und von dort in circa 20 Minuten zum Auftakt der Großdemonstration an diesem Nachmittag gegen den NATO-Gipfel laufen zu können, hat sich also nicht erfüllt. Es bleibt nur, dorthin zu laufen. Die Europabrücke zwischen Strasbourg und Kehl (auf der französischen bzw. deutschen Seite), wo die Großdemonstration um 15 Uhr loslaufen soll, ist rund sieben Kilometer entfernt.

Seit längerem sehen wir am Horizont Rauch aufsteigen, von dem wir erst nicht wussten, ob er mit dem heutigen Mobilisierungstermin und der Demo irgend etwas zu tun. Jetzt aber verdichtet der Rauch sich zu einer dicken, allmählich stinkenden Säule am Horizont. Es handelt sich um ein ausgedientes früheres Zollhaus an der Europabrücke, das brennt, neben einem Touristeninformationsbüro und – einige Zeit später – einem Ibis-Hotel im nahe gelegenen Hafenviertel.

Der Rauch wird beißend und erschwert allmählich das Atmen. Die umstehenden Leute meinen, er sei mit Tränengas durchmischt, einige waschen sich die Augen aus. Nach kurzem Weg stoßen wir auf eine Reihe der französischen Bereitschaftspolizei (CRS), die quer über die Straße zur Brücke aufgestellt ist. Sie hindern uns nicht am Weitergehen, aber bedeuten uns, dass wir die dahinter liegende Zone „auf eigene Gefahr betreten. Jetzt müsst Ihr Euch entscheiden, ob Ihr vorwärts oder zurück wollt, wir machen hier nämlich zu." Es sieht nach einer Mausefalle aus. Nach kurzem Zögern entscheiden wir uns dennoch, weiterzugehen. Einige Demonstranten bleiben zwar zurück, aber viele gehen ebenfalls noch durch die Absperrung, bevor diese auf ein Tor verengt und dann abgeriegelt wird. Wir sehen und hören direkt hinter uns Polizisten, die mit schweren Hämmern Absperrgitter mit Riegeln auf den Asphalt rammen und befestigen. Zunächst lassen sie noch eine schmale Öffnung frei. Ständig kreisen zwei, später dann vier Helikopter über unseren Köpfen.

Es ist vielleicht 15 Uhr, und die Situation lässt sich nur mit den Vokabeln „Ungewissheit" und „Nervosität" beschreiben. Wir gehen über die Brücke geradeaus weiter, in Richtung auf die schwarze Rauchsäule zu, die inzwischen aus zwei unterscheidbaren dunklen Kolonnen besteht. Nach einigen hundert Metern und während es bergab auf die Inselfläche geht, sehen wir in kurzer Entfernung von uns eine Demonstration auf uns zulaufen. Zunächst einen kurzen Abschnitt, aus dem dann ein immer längerer Bandwurm wird. Sie läuft uns entgegen und biegt dann, von uns aus gesehen, nach links ein. Eigentlich, ja eigentlich hätte zu diesem Zeitpunkt hier gar keine Demonstration entlang laufen sollen. Aber wir erhalten rasch Aufklärung, als wir inmitten der ziemlich durcheinander laufenden Demonstrantenmenge Alain B., einen befreundeten marxistischen Philosophielehrer aus dem Elsass, begegnen. Alain erzählt uns: „Die Menge, die zur Auftaktkundgebung erschienen war, wartete am Fuße der Europabrücke auf die



Demonstration. Dort war eine Rednertribüne aufgebaut. Doch als es sichtbar zu brennen anfing, wurde die Menge angegriffen und mit Tränengas beworfen. Daraufhin setzte sich der Demozug in Bewegung, viel zu früh und in entgegengesetzter Richtung, als ursprünglich geplant war. Zum Glück wurde ein heftiger Zusammenstoß vermieden. Das hätte böse ins Auge gehen könne: Die Menge lief plötzlich auf eine CRS-Einheit zu, die zu dem Zeitpunkt überhaupt nicht mit ihrem Auftauchen gerechnet hatte. Die Männer saßen in den Mannschaftsbussen und ahnten zuvor nicht, dass es gleich losgehen würde. Sie hätten auch mit Panik reagieren, und das Ganze hätte übel enden können. Ein Glück, dass diese Abteilung einen Kommandanten hatte, der ruhig Blut bewahrte und die Situation rettete: Er stellte für jeden Mannschaftsbus einen Mann, mit Knüppel bewaffnet, nach draußen ab und ließ die übrigen in den Fahrzeugen sitzen. Wir konnten ruhig an ihnen vorbeizie-

hen. Aber das hätte auch ganz anders verlaufen können...“

Andere Zeugen berichten später übereinstimmend, dass die Menge zuvor unterhalb der Europabrücke attackiert und deshalb überstürzt aufgebrochen war. Renée Le M., ein Mitglied im vierköpfigen Vorsitzendenkolleg der Antirassismusbewegung MRAP – einer größeren französischen NGO – berichtet, sie habe sich zu diesem Zeitpunkt in der Nähe der Rednertribüne unterhalb der Europabrücke befunden: „Ich war in der Nähe der Leute vom ‚Mouvement de la Paix‘, die nun wirklich als >ungefährlich< eingestuft werden können. Zunächst rasten ungefähr zehn CRS-Mannschaftsbusse in Gegenrichtung zur Aufstellungsrichtung der Menge, mit Blaulicht und in Hochgeschwindigkeit, quer durch die Menge. Die Busse waren leer bzw. mit nur einem Mann besetzt, fuhren also offenbar nicht zu einem Einsatz. Dann kam es zu verstärkten Angriffen. Aus Helikoptern wurden Tränengasgranaten auf uns abgeworfen. Die Leute flüchteten in Panik.“

Im Hafenviertel

Die Demo ist bunt gemischt: kongolesische Opponenten, die gegen die Beteiligung der westlichen Großmächte an Kriegen und Massakern in ihrem Land protestieren; Studierendenverbände; die deutsche Partei DIE LINKE; die französische „Neue Antikapitalistische Partei“ (der NPA); vereinzelte Grüne; die Frauenorganisation „Egalité“... Einige Menschen von ATTAC, andere mit fantasievoll selbst entworfenen Schildern und Transparenten. In dem hektischen Zug sind die Transparente nur zum Teil entrollt, nicht alle sind gut lesbar. Der Demozug macht einen Knick, wendet sich um 90 Grad und führt quer über die Hafeninsel. Vorne befindet sich ein Lautsprecherwagen der CGT, einige der wenigen Manifestationen gewerkschaftlicher Präsenz in der Demo.



Vorrücken oder nicht?

Der Demozug kommt zum Stehen, für längere Zeit. Zusammen mit einer kubanischen Journalistin hatte ich mich zwischenzeitlich bis an die Spitze nach vorne durchgearbeitet. Mehrere mit Schilden ausgestattete CRS-Einheiten versperren die Route. Eine Delegation der Organisatoren und, anscheinend, der CGT führt kurze Gespräche mit der Einsatzleitung, die daraufhin ankündigt, ihre Kräfte von der Stelle zurückzuziehen und die Route für die Demonstration zu öffnen. Es dauert einige Minuten. Ein vielleicht 55- oder 60jähriger, beleibter Mann – offenkundig ein Demonstrant – tritt vom Trottoir auf der Seite her auf die Straße, baut sich in ihrer Mitte unmittelbar vor den Polizisten auf und zieht sich splitternackt aus. Seine Klamotten und Schuhen behält er in der Hand. Die vorderen Reihen applaudieren, er tritt wieder zur Seite. Nach kurzer Zeit geht der Demonstrationszug weiter, die Mannschaftsbusse der CRS ziehen sich tatsächlich zurück. Aber nur um etwa 200 Meter. Danach kommt der Zug wieder ins Stocken und alsbald zum Stehen.

Wir sehen nicht weit vor uns eine Eisenbahnlinie und eine Brücke mit einer sehr kleinen Unterführung, auf ihr sind CRS-Einheiten stationiert. Dahinter sind nach kurzer Zeit deutlich erkennbare Löscharbeiten zu beobachten: Man sieht einzelne Feuerwehrleute aus ihren Schläuchen einen Wasserstrahl auf das gräulichen Qualm entwickelnde, ausbrennende Hotel spritzen. Wie sich nachher auf der anderen Seite der Brücke herausstellt, sieht man von hier aus nur jeweils den Feuerwehrmann, der auf der Spitze der Leiter auf der Höhe des fünften (und obersten) Stockwerks des Hotels steht.

In Pressemeldungen wird es später heißen, dieses Hotel habe ab circa 14.30 Uhr in Flammen gestanden, was sich ungefähr mit dem Zeitpunkt deckt, als ich unter den sich sammelnden Demonstrationsteilnehmern erstmals die Worte „Hotel Ibis“ aussprechen hörte. Was aber auch bedeutet, wie mein Strasbourger Freund Roland kalkuliert, „dass in dem Hafenviertel mindestens anderthalb Stunden vergangen sind, ohne dass irgendwelche >Ordnungshüter< eingegriffen hätten“. Er hatte sich zufällig um die Mittagszeit – beim Warten auf eine Verabredung – in räumlicher Nähe jener Gruppen von einigen Dutzend Schwarzvermummten befunden, die darauf und dran gingen, Feuer zu legen. Roland meint, er habe die Schwarzvermummten überwiegend Deutsch sprechen hören. Anderthalb Stunden lang hatten vermummte Brandstifter in aller Ruhe im Hafenviertel schalten und walten können. Die Stadt ist mit Polizei überzogen, es befinden sich rund 40.000 Beamte, sieben Helikopter, sechs Aufklärungsflugzeuge vom Typ AWACS, französische CRS-Einheiten mit CS-Gaspatronen und Gummigeschossgewehren, deutsche Wasserwerfer (mit Aufschrift „H III“) undundund... im Einsatz...

Später auf dem Bahndamm

Neben uns stehen eine Reihe von Pressefotographen – einige von ihnen sind mit Helmen ausgerüstet und wie Kriegsbe-



richterstatter ausstaffiert – und Gruppen von CRS-Polizisten. Letztere achten nicht auf uns. Unter uns, jenseits des Bahndamms, bietet sich eine konfuse Szene, aus der wir nicht richtig schlau werden. Zu unserer Linken - von dort, woher die Demo ursprünglich kam – steht ein Teil des Demonstrationszugs blockiert. Dort, wo zuvor der Lautsprecherwagen der CGT stand, der verschwunden ist, sind eine Reihe von geplätteten Holzkisten – wie sie für Äpfel oder Tomaten benutzt werden – auf beiden Seiten der Straße zu einer Art notdürftiger Barrikade aufgeschichtet, die aber keine halbe Minute einem Ansturm standhalten dürfte. Auf unserer Rechten wiederum zieht ein anderer Teil des Demonstrationszugs, auf scheinbar wirre Weise, zwischen dem Bahndamm und dem rechts vor uns liegenden Hafenbecken im Kreis herum. In seiner Mitte befindet sich der Lautsprecher des ‚Mouvement de la Paix‘, daneben laufen einige Menschen aus türkischen Vereinen oder türkisch-kurdischen kommunistischen Organisationen. Alles in allem ein, vom „Gewaltniveau“ her, äußerst harmloses Spektrum. Immer wieder sehen wir Tränengasgranaten niederprasseln und explodieren, ihnen entweichen helle Schwaden. Offenkundig versuchen die oben auf dem Bahndamm stehenden Beamten, auf diese Weise – unter dem Druck des Tränengases – den (an dieser Stelle sehr kurzen) Zug zu dirigieren. An mehreren Stellen lodern kleine Feuer in dem Gras am Bahndamm, die durch die Explosion solcher Granaten entzündet wurden.

Später befindet sich ein Video auf Youtube, das eine Szene zeigt, die offenkundig an diesem Bahndamm aufgenommen worden ist. Dort sieht man CRS-Beamte mit Steinen auf unter ihnen stehende Demonstranten werfen. (Vgl. http://www.dailymotion.com/user/feeld/video/x8vw7c_manif-des-crs-caillassent-des-anti_news)

Bernhard Schmid, Paris ■

Redaktionelle Anmerkung: Ursprünglich war für die aktuelle Ausgabe der AN ein Bericht über den Wahlkampf der extremen Rechten in Frankreich zu den Europaparlamentswahlen geplant. Aufgrund der der Ereignisse rund um den NATO-Gipfel in Strasbourg haben wir jedoch einen Bericht darüber vorgezogen. Der Artikel über den Wahlkampf der französischen extremen Rechten wird auf die kommende Ausgabe verschoben. Eine noch ausführlichere Fassung des Berichts über Strasbourg im Ausnahmezustand findet sich an dieser Stelle: http://www.labournet.de/krieg/nato09bs.html

Rasmussen & Rassismus

Anders Fogh Rasmussen regiert Dänemark schon seit 2001 im Tolerierungsbündnis mit Rechtsextremen

Nun wurde er es also doch: Am Samstag Abend, den 4. April stand anlässlich des Jubiläumsgipfels der NATO in Strasbourg fest, dass der aktuelle dänische Premierminister zum NATO-Generalsekretär wird. Diese Personalentscheidung ist nicht ohne Brisanz. Denn der dänische Premierminister, der künftig das „westliche Militärbündnis“ – das dereinst (1949) als „Abwehr“bündnis gegen den sowjetischen Block gegründet wurde, und seit dessen Ableben 1989/1990 vor allem gegen den globalen Süden orientiert ist[1] – repräsentiert, ist ein Rassistenfreund. Nicht unbedingt auf der Ebene seiner persönlichen Empfindungen (die soweit unbekannt sind), wohl aber in jedem Falle auf der Ebene seiner politischen Allianzen.

Seit November 2001, als die „rechtspopulistische“ bis rechtsextreme Dansk Folkeparti (DFP, „Dänische Volkspartei“) mit 12 % der Wählerstimmen erstmals ein stattliches Ergebnis erhielt, regiert der „Liberale“ Anders Fogh Rasmussen in Kopenhagen mit Hilfe dieser Partei. Die DFP unter Pia Kjaersgaard wurde 1995 als Abspaltung von der Fremskridtspartiet (Frp, „Fortschrittspartei“) des Mogens Glistrup gegründet. Die Frp, die 1972 entstand und bei den Parlamentswahlen von 1973 aus dem Stand ein hohes Wahlergebnis (15,9 %) erzielte, trat von Anfang an gegen den dänischen Sozialstaat und gegen dessen „Geldverschwendung an allen Stellen“ auf. Ein wichtiges Unterthema war dabei schon früh die Hetze gegen Einwanderer, die den dänischen Staat angeblich „überall Geld kosteten“. Aber die Partei hatte zugleich ein „ultraliberales“ (marktradikales, extrem wirtschaftsliberales) Profil.

Anlässlich der Abspaltung von 1995, bei der noch andere Fragen – u.a. der persönliche Machtanspruch ihres Gründers Glistrup – ins Spiel kamen, nahm die neu entstandene DFP ein „sozialeres“ Profil an, jedenfalls was ihre Aussagen in Wahlkämpfen und in der Öffentlichkeit betrifft. Beide Parteien agitierten aber im Laufe der Jahre immer stärker gegen Einwanderer im Allgemeinen und solche moslemischer Konfession im Besonderen. Die ursprüngliche Frp ist inzwischen quasi in der Bedeutungslosigkeit verschwunden. Allein die DFP konnte sich auf der politischen Bühne behaupten; dieselbe erhielt bei den letzten Folketingswahlen (Parlamentswahlen) im November 2007 nun 13,8 % der Stimmen gegenüber 13,3 % bei der Wahl zuvor im Februar 2005. Im Vorfeld der letzten Wahl von 2007 war zunächst erwartet worden, dass eine neu gegründete Mitte-Rechts-Partei – die „Neue Allianz“ unter Naser Khader – als Gegengewicht zu ihr innerhalb des bürgerlichen Lagers auftreten und künftig die DFP in ihrer Rolle als Mehrheitsbeschaffer für die konservativ-liberale Regierung Rasmussens ersetzen könne. Doch die „Neue Allianz“ erhielt nur 2,4 % der Stimmen. Die DFP blieb in ihrer Rolle als „Königsmacher“ und fühlte sich durch den Zuwachs an Wählerstimmen sogar ausdrücklich bestätigt.

In dieser Zeit der Tolerierung eines konservativ-liberalen Kabinetts durch die DFP wurde unter Rasmussen die Einwanderungs- und Asylgesetzgebung beträchtlich verschärft. Einzelne Bestimmungen erscheinen als rechtlich bedenklich und suchen anderswo in Europa ihresgleichen. So verbietet eine gesetzliche Bestimmung Ausländer/inne/n den Eheschluss in einem Alter unter 24 Jahren. Dieser Paragraph wurde unter dem Vorwand, „Zwangsehen“ zu bekämpfen, verabschiedet, schränkt dabei aber die persönliche Freiheit über Gebühr ein und beruht zudem auf einer expliziten Pauschalverdächtigung breiter Bevölkerungsgruppen.

Aufgrund der anti-moslemischen und rassistischen Färbung seiner Regierungspolitik hätte – und hat – es also hinreichend Gründe gegeben, Rasmussens Kandidatur zum Amt des obersten NATO-Repräsentanten zu attackieren. Tatsächlich hat die Regierung der Republik Türkei auch Kritik an ihr geübt. Allerdings wählte sie dafür ihrerseits eine ausgesprochen fragwürdige Grundlage. Denn die Regierung des „moderaten Islamisten“ und Premierministers Recip Teyyep Erdogan vermengte in ihren Stellungnahmen die Kritik am rassistischen antimoslemischen Charakter der dänischen Regierungspolitik mit der Propaganda für die eigene Staatspolitik und eigene konservative Interessen.

Erdogan griff die Kandidatur Rasmussens an zwei Punkten an: Erstens habe Rasmussen sich anlässlich der Krise um die Veröffentlichung der Mohammed-Karikaturen in dänischen Zeitungen (Ende 2005 und Anfang 2006) geweigert, deren Publikation zu verurteilen. Er habe den Wunsch der arabischen Botschafter, in Kopenhagen empfangen zu werden, abgewehrt und habe sich darauf berufen, die dänische Presse sei keiner Weisungsbefugnis der Regierung unterworfen. (Wobei letzter Punkt selbstverständlich zutrifft.) Zum Zweiten beherberge Dänemark den kurdischen, „separatistischen“ Fernsehsender Roj TV. Durch diese Stoßrichtung hat Erdogan seine Kritik aus progressiver Sicht entlegitimiert. Dass Dänemark einen kurdischen Fernsehsender beherbergt (auch wenn Ankara ihn als „PKK-nahe“ betrachtet), hat er nicht zu kritisieren, denn es ist nur eine Folge der Jahrzehnte lang währenden staatlichen Unterdrückung kurdischer Rechte in der Türkei. Am anderen Punkt seiner Vorwürfe liegen die Dinge sicherlich komplizierter: Die Affäre um die Polemik betreffend die Mohammed-Karikaturen war sicherlich dadurch mit besonderer Spannung aufgeladen, dass in Dänemark antimoslemischer Rassismus unbestritten die Politik (mit)bestimmt. Und die Tatsache, dass der Autor der umstrittensten der zwölf Karikaturen – Kurt Westergaard, dessen Zeichnung den Propheten des Islam mit einem Turban in Form einer Bombe mit brennender Zündschur zeigte und so die üble Assoziation „Moslems = Terroristen“ begünstigt – im September 2008 als Gast an einem Parteitag der rassistischen DFP teilnahm, macht die Sache im Nachhinein nicht besser. Kurt Westergaard hat er seinen Auftritt dort freilich später als Fehler bezeichnet.

Dennoch kann man auch nicht mit solchem Eifer, wie moslemische Konservative oder Extremisten dies tun, einfach über die Meinungsfreiheit oder die Freiheit der Presse hinweggehen.

Am Sonntag berichtete die türkische Presse, Ankara habe erfolgreich Vorbehalte gegenüber der Ernennung Rasmussens geltend machen können. Barack Obama habe eine Vermittlerrolle zwischen beiden Seiten übernommen und Ankara daraufhin Garantien zu den betreffenden Punkten erteilt. So werde dem Sender RojTV – angeblich – demnächst Sendeverbot von dänischem Staatsgebiet aus erteilt, wie mehrere Zeitungen behaupteten. Auch werde Rasmussen sich demnächst bei den Muslimen in der Türkei für die Affäre um die Karikaturen entschuldigen (so das Massenblatt ‚Hürriyet‘) respektive „eine positive Botschaft an die moslemische Welt richten“ (laut der Tageszeitung ‚Zaman‘). Dies werde möglicherweise schon an diesem Montag, 6. April, anlässlich des zweiten Gipfels der „Allianz der Zivilisationen“ – an dem auch Barack Obama teilnimmt – in Istanbul passieren, behauptet die Zeitung ‚Akscham‘. Und schließlich sollen türkische Militärs oder Staatsvertreter auf hohe Posten bei der Nordatlantik-Allianz befördert werden, u.a. – laut den Berichten der türkischen Presse – als stellvertretender Generalsekretär und als Repräsentant der NATO in Afghanistan.

Bernhard Schmid, Paris ■

ANMERKUNG 1: Zu dieser Nord-Süd-Dimension: Diese kam schon im Sommer 1990, kurz nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Blocks, unverhüllt zum Ausdruck. Am 21. Juni 1990 erklärte der damalige NATO-Generalsekretär (und frühere westdeutsche Bundesminister der Verteidigung) Manfred Wörner bei einem Vortrag in Paris, vor dem Institut für Internationale Beziehungen IFRI, die Nordatlantik-Allianz müsse nun „für neue militärische Fragen, die durch die Entwicklung der Dritten Welt“ entstanden seien, bereit stehen. Besonders im Nahen und Mittleren Osten sowie im ganzen Mittelmeerraum bestünden „gestiegene Risiken“, „deren Entwicklung Europas Sicherheit direkt angeht“.

Vermutlich bis zu 300 Flüchtlinge im Mittelmeer ertrunken

Die Informationen, die die Presse erreichen, sind immer noch konfus. Nur langsam lässt sich nachvollziehen, was in den letzten Tagen vor der libyschen Küste passiert sein mag.

Sie sind in Sid Belal Janzur los gefahren, einem Vorort der libyschen Hauptstadt Tripolis. 253 Menschen, unter ihnen viele Ägypter. 30 km vor der libyschen Küste dann das Ende. Das Boot sinkt, 23 Menschen werden gerettet, 21 können nur noch tot geborgen werden.



Ein weiteres Boot mit 365 startet ebenfalls von der libyschen Küste. Das Wetter an dem Wochenende vom 28. auf den 29. März ist schlecht, die See rau. Die Spur verliert sich, das Boot sinkt, niemand wird gerettet, so die Nachrichtenagenturen.

Innerhalb von wenigen Stunden verschwinden knapp 600 Menschen, deren einziges Fehler es war, sich auf den Weg nach Europa zu machen. Ein Europa, das seine Pforten geschlossen hat und gern die Toten in Kauf nimmt.Neben diesen beiden Schiffen sollen zwei weitere von der libyschen Küste los gefahren sein, doch die libysche Küstenwache, die auf der Suche ist, findet keine Spur von ihnen, vielleicht sind auch sie gesunken.

Ein fünftes Boot konnte aus Seenot gerettet werden. Die italienische Nachrichtenagentur ANSA beschreibt in einem Artikel vom 31.3.2009 diese Rettungsaktion: Sie sind Sonntag gestartet, 350 Menschen. Der Alarm, dass sich das Boot in Seenot befindet, erreicht die Küstenwache am Abend des 28. März. Er geht von einer Ölplattform aus. Der in Neapel gemeldete Schlepper der Plattform „Asso 22“ fährt zu den Flüchtlingen. Dann treffen libysche und italienische Küstenwachschiffe ein und bergen gemeinsam die 350 MigrantInnen. Drei libysche Offiziere gehen an Bord des italienischen Küstenwachbootes und leiten dieses mit dem geretteten Boot im Schlepptau nach Tripolis, wo sie am Sonntagnachmittag ankommen.

Was weiter mit den Flüchtlingen geschehen ist, ist unklar. Am Montag, den 30.3.2009, soll ein italienischer Tanker weitere Menschen gerettet haben, aber bisher gibt es keinerlei Meldungen an die italienischen Behörden.

Die Libyer jedenfalls scheinen sich nun in der Seenotrettung zu engagieren, ein neues Bild. Der Freundschaftsvertrag mit Italien zeigt wohl doch Wirkung, zumindest was die Rettung angeht. Startpunkt dieser Todesfahrten ist jedoch weiterhin Libyen.

Am letzten Wochenende erreichten 400 Flüchtlinge die sizilianische Küste in zwei Booten. Das eine strandete in Scoglitti an der Südküste. An Bord 153 Menschen, unter ihnen 29 Frauen. Sie wurden in das Auffanglager nach Pozzallo gebracht, eine Fabrikhalle auf dem Hafengelände.

Das zweite Boot mit 249 Menschen an Bord erreichte die Südspitze Siziliens. Es handelt sich hauptsächlich im Eritreer und Somalier, unter ihnen 31 Frauen, davon drei schwanger, und acht Minderjährige. Sie wurden von der Guardia di Finanza, dem Zoll, an Land begleitet. Ein 24jähriger Somali wurde als Schlepper verhaftet.

Am Montag, den 30.3.2009, erreichten 222 Flüchtlinge die Insel Lampedusa. Nun befinden sich erneut über 700 Menschen in dem geschlossenen Lager, die Spannung steigt.

Es kam wieder zu einem Ausbruch der Migranten, zwei wurden verhaftet und fünf angezeigt, nachdem die Carabinieri sie wieder eingefangen hatten.

Der Bürgermeister der Insel de Rubéis, beschwerte sich über die unmenschliche medizinische Behandlung an der Mole: die Frauen, denen es zum Teil sehr schlecht ging, mussten im Dreck auf der Erde liegen, da es auf Lampedusa nur einen Krankenwagen gibt, der mehrfach hin und her fahren musste. Seitdem Ärzte ohne Grenzen dort keine Erstbehandlung mehr machen dürfen, fehlt auch deren Ambulanz. Mario Morcone, Verantwortlicher im Innenministerium für die Abteilung Migration, bezichtigte indes den Bürgermeister als Lügner: es seien vier Ärzte an der Mole gewesen und einen Krankenwagen gebe es schließlich auch.Wie es nun weitergeht, wird sich zeigen. Innenminister Maroni hat versprochen, dass die Anlandungen aufhören, wenn die gemeinsamen Patrouillen Italiens und Libyens vor der libyschen Küste beginnen. Beginn soll nun der 15. Mai 2009 sein. Ziel der Patrouillen ist die Zurückweisung in die Ausgangshäfen.

Um diese zu umgehen, werden die Routen noch gefährlicher sein und noch mehr Menschen werden sich, da sie keine andere Wahl haben, in Lebensgefahr begeben. Frage bleibt auch, was eigentlich FRONTEX im Mittelmeer treibt – ist es möglich, dass Einsätze gefahren werden und die Menschen faktisch „vor den Augen“ der Bootsbesatzungen ertrinken?

Judith Gleitze, borderline-europe, 31.3.2009 ■

Quelle: fluechtlingsraete@asyl.org - flucht@nds-fluerat.org

Die 21 Überlebenden des Schiffbruchs vom 30.3.09 sind im Gefängnis

21 Überlebende des Schiffbruchs vom 30.3.3009 sind inzwischen im Gefängnis. Einige werden repatriiert, einige erwartet monatelange Haft. Das bestätigte IOM Tripolis, die die Genehmigung hatten, die Überlebenden zu sehen. Sie befinden sich im Zentrum von Tuaisha, in der Nähe von Tripolis. „Wir haben sie gestern zum ersten Mal besucht“, erzählt uns Michele Bambassei (IOM) am Telefon, „und heute gehen wir mit einem Arzt rein, da einige von ihnen aufgrund des Salzwassers, das sie getrunken haben, Magen- und Nierenprobleme haben.“

Bevor sie gerettet wurden, hatten sich die 21 acht Stunden lang bis nachmittags um 16 Uhr an die Holzreste des Bootes des halbgesunkenen Fischerbootes geklammert. Unter den Überlebenden ist auch eine Frau, die jedoch aufgrund des schlechten Gesundheitszustandes ins Krankenhaus gebracht wurde. Bei den meisten von ihnen wurden schon die Identifizierungsmaßnahmen begonnen, um sie dann abschieben zu können.

Die Pflicht bewusstesten Botschaften waren die der betroffenen arabischen Länder, in der Gruppe befinden sich drei Algerier, vier Ägypter und zwei Tunesier. Die andere Hälfte der Überlebenden kommen aus dem Subsahararaum: Gambia, Senegal, Kamerun, Elfenbeinküste und Nigeria. Sie werden die meisten Probleme haben. In Libyen gibt es keine konsularischen Vertretungen von Kamerun und Gambia. Das bedeutet, dass die drei Gambier und der eine Kameruner mehrere Monate oder gar Jahre im libyschen Gefängnis riskieren – das inzwischen wohl bekannt für inhumane Bedingungen ist. Ohne ein Laissez-Passer der Botschaft wird eine Rückführung nicht möglich sein.

Solche Fälle sind in der Vergangenheit mehrfach von Fortress Europe dokumentiert worden, die auf einer Libyenfahrt einen Gambier in Khums getroffen hat, der seit fünf Monaten inhaftiert war.

Man weiß immer noch nicht, wo sich die 350 Überlebenden des Fischerbootes befinden, die am Sonntag vom italienischen Schlepper Asso 22 gerettet wurden. Sicher ist nur, dass auch sie sich in Haft befinden und auf die Repatriierung warten.

Aus dem Italienischen von Judith Gleitze
Gabriele del grande, Fortress Europe ■

Die größte Flüchtlingskatastrophe in der Geschichte der EU

„Wer Hunderte von Bootsflüchtlingen bei stürmischer See ohne Rettungsboote aufs Meer schickt, ist ein Verbrecher. Aber auch die, die alle Fluchtwege nach Europa um jeden Preis blockieren wollen, machen sich mitschuldig am Tod der Bootsflüchtlinge", so Karl Kopp, Europareferent von PRO ASYL. „Der hundertfache Tod vor der Küste Libyens ist Resultat einer menschenverachtenden Schlepperindustrie, aber auch einer zynischen, doppelbödigen europäischen Flüchtlingspolitik."

Was muss noch passieren, wie viele weitere Tote muss es noch geben, damit Europa endlich handelt und seine verheerende Abwehrpolitik korrigiert ? Die zynische Reaktion des rechtspopulistischen Innenministers Italiens, Roberto Maroni, auf diese Tragödie: Ab Mitte Mai 2009 werde dieser Fluchtweg durch gemeinsame Grenzpatrouillen mit Libyen dauerhaft geschlossen. Dies ist ein Programm, die Todesrate auf See weiter zu erhöhen. Die Strategie, Ghaddafi als Gendarm für Europa zu instrumentalisieren, nimmt schwerste Menschenrechtsverletzungen – tausendfache Inhaftierungen, Misshandlungen und zahlreiche Vergewaltigungen von Flüchtlingsfrauen – gegenüber Flüchtlingen in Libyen in Kauf.

Angesichts der größten Flüchtlingskatastrophe in der Geschichte der Europäischen Union fordert PRO ASYL die Bundesregierung, die EU-Kommission und das Europäische Parlament auf, von den üblichen Ritualen abzusehen und endlich einen Rettungsplan für Bootsflüchtlinge und Schutzsuchende im libyschen Transit vorzulegen.

Alle Versuche von Mitgliedsstaaten und Frontex-Verbänden, Flüchtlingsboote abzudrängen, müssen beendet werden. Avisierte Polizeikooperationen und working agreements von Frontex mit Drittstaaten wie Libyen sind zu stoppen.

Die effektivste Form, die boomende Branche der Schlepper und Schleuser zu bekämpfen und Menschenleben zu retten, ist es, den gefahrenfreien und legalen Zugang von Schutzsuchenden zu gewähren. Geschützte Einreiseverfahren und humanitäre Visa für Transitflüchtlinge in Libyen nach Europa wären ein erste Geste der Menschlichkeit.

gez. Karl Kopp Europareferent
Quelle: Presseerklärung proasyl
31. März 2009 ■

Zynismus pur: „Herrmann begrüßt die ersten irakischen Flüchtlinge"

Bayern. Der Bayerische Flüchtlingsrat begrüßt, dass Bayern aufgrund der Save Me-Kampagne irakische Flüchtlinge aufnimmt. Gleichzeitig aber werden IrakerInnen in unsichere Drittstaaten „zurückgeführt" oder werden mit der Abschiebung in das Bürgerkriegsland bedroht.

Am Montag, den 30.03.2009 nimmt der bayerische Innenminister Joachim Herrmann die ersten irakischen Flüchtlinge in Empfang, die im Rahmen des Resettlement-Programms des UNHCR nach Bayern kommen. Die Teilnahme an dem UNHCR-Programm wurde auf Initiative Deutschlands europaweit beschlossen. Voraus ging die Save Me-Kampagne, in deren Rahmen die bayerische Landeshauptstadt München als bundesweite Vorreiterin im Juni 2008 beschloss, 850 Flüchtlinge aufzunehmen. Weitere Städte folgten, die alle die Bundesregierung aufforderten, sich am Resettlement-Programm des UNHCR zu beteiligen.

Doch während einerseits irakische Flüchtlinge außerhalb des Asylverfahrens aufgenommen werden mit dem Ziel, ihnen ein dauerhaftes Bleiberecht zu gewähren und sie in Deutschland anzusiedeln, werden andererseits irakische Flüchtlinge bedenkenlos abgeschoben, zur Ausreise aufgefordert und abschiebefertig gemacht. Mehrere Jahre lang wurde hier lebenden IrakerInnen das Asyl widerrufen, da mit dem Sturz Saddam Husseins die Gefahr gebannt sei. Gegen 20.000 Menschen ist ein Widerrufsverfahren eingeleitet worden, 14.000 IrakerInnen wurden zur „freiwilligen Ausreise" aufgefordert. Ein großer Teil von ihnen lebt inzwischen mit Duldungen wieder in Flüchtlingslagern, ernährt sich von Essenspaketen und erhält Arbeitsverbote. Eine Aufenthaltsperspektive gibt es für sie nicht, sie warten auf ihre Abschiebung, obwohl nicht absehbar ist, ob und wann diese möglich sein wird. Zudem werden immer mehr irakische Flüchtlinge im Rahmen des Dublin II-Abkommens nach Griechenland abgeschoben, um sich der Verantwortung zu entledigen. Die menschenunwürdigen und menschenrechtswidrigen Verhältnisse, die sie dort erwarten, spielen dabei keine Rolle.

„Wir begrüßen es ausdrücklich, dass sich Bayern zu seiner Verantwortung für die irakischen ‚Mitglieder der menschlichen Familie' (Allgemeine Erklärung der Menschenrechte) bekennt und wenigstens einigen von Ihnen eine sichere Aufenthaltsperspektive bietet", kommentiert Tobias Klaus vom Bayerischen Flüchtlingsrat. „Es ist aber nicht hinnehmbar, dass irakische Flüchtlinge einerseits nach vielen Jahren Aufenthalt in Deutschland in Flüchtlingslagern zur ‚freiwilligen Ausreise' gezwungen werden sollen und andererseits kurz nach der Einreise nach Griechenland abgeschoben werden, um sie dort ihrem Schicksal zu überlassen. Alle irakischen Flüchtlinge brauchen unseren Schutz. Deshalb fordern wir Innenminister Herrmann auf, dafür Sorge zu tragen, dass alle irakischen Flüchtlinge eine Aufenthaltserlaubnis bekommen und die Griechenlandabschiebungen gestoppt werden!"

Quelle: Bayerischer Flüchtlingsrat
30.03.09; flucht@nds-fluerat.org ■

Bleiberecht — ein Aprilscherz?

1. April 2009 – das ist ein wichtiges Datum für langjährig geduldete Flüchtlinge, die sich auf Grundlage der im Sommer 2007 geschaffenen „Gesetzlichen Altfallregelung" um ein gesichertes Bleiberecht in Deutschland bemühen.

Denn diese Regelung legt den 1. April 2009 für alle Flüchtlinge, die auf Grundlage der Altfallregelung zunächst eine „Aufenthaltserlaubnis auf Probe" erhalten haben, als zukunftsentscheidenden Stichtag fest. Dann müssen Betroffene nachweisen, dass sie über einen Dauerarbeitsvertrag verfügen. Anderenfalls geht die vorläufige Aufenthaltserlaubnis zum Jahresende 2009 wieder verloren — und die vom Gesetzgeber geschürten Hoffnungen auf ein gesichertes Bleiberecht erweisen sich als Aprilscherz.

Die Opfer, ggf. ganze Familien, würden zurückfallen in die Situation der „Kettenduldung" — ein auf Wochen oder Monate befristeter aufenthaltsrechtlicher Un-Zustand, der die betroffenen Menschen auf Kosten der öffentlichen Hand sozial ausgrenzt, von Integrationsförderung ausschließt und mit jederzeit möglicher Abschiebung bedroht.

Die Betroffenen kommen überwiegend aus Bürgerkriegsgebieten wie Kosovo, Tschetschenien, Irak und Afghanistan. Sie leben hier seit vielen Jahren, haben hier ihre Kinder bekommen oder großgezogen und Wurzeln geschlagen. Knapp 1.150 Geduldete und gerade einmal 370 Menschen mit Aufenthaltserlaubnis „auf Probe“ (§ 104a AufenthG) leben derzeit in Schleswig-Holstein. „Das sind keine Größenordnungen, die die Integrationskapazität Schleswig-Holsteins über Gebühr in Anspruch nehmen.“ meint Johanna Boettcher vom Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein. Frau Boettcher ist Koordinatorin des Netzwerks „Land in Sicht – Arbeit für Flüchtlinge in Holstein“ und kritisiert, das Gesetz habe in der aktuellen Ausgestaltung allenfalls zur Verschlimmbesserung der Lage der meisten langjährig geduldeten Flüchtlinge beigetragen: So nehme der Gesetzgeber zwar zur Kenntnis, dass Familien und Einzelpersonen nach langen Jahren hierzulande faktisch einen neuen Lebensmittelpunkt gefunden haben. „Doch die Humanität bleibt auf der Strecke, wenn die Arbeitsmarktfähigkeit der Menschen zum alleinigen Maßstab gelungener Integration gerät.“ klagt Boettcher. Denn auf Dauer bleiben darf nur, wer ausreichend verdient, um den eigenen Lebensunterhalt und den der Familie „überwiegend eigenständig“ zu sichern. Ausnahmen für Alte, Kranke und Behinderte gibt es praktisch nicht.

Die aktuelle Wirtschaftskrise erschwert die Lage weiter: Schon allgemein gilt, dass von Kurzarbeit Betroffene aller Voraussicht nach ihren Lebensunterhalt nicht mehr eigenständig sichern können. Doch wer als Flüchtling seine Arbeit verliert, riskiert obendrein den gesicherten Aufenthalt. Selbst diejenigen Flüchtlinge, die bisher noch in Lohn und Brot sind, müssen zittern: zu Jahresende 2009 prüft die Ausländerbehörde die Wahrscheinlichkeit, ob der Lebensunterhalt auch in Zukunft gesichert werden kann. Eine angesichts der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zusätzlich bedrohliche Perspektive.

Angesichts dieser Situation fordert Johanna Boettcher für das Netzwerk „Land in Sicht!“, die Gesetzliche Altfallregelung dringend den vorhandenen Bedarfen anzupassen: Der Stichtag 1. April widerspricht dem Ziel der Gesetzlichen Altfallregelung, langjährig Geduldeten einen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland zu ermöglichen. Er gehört deshalb abgeschafft.

- Die Kriterien für eine Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis müssen überarbeitet werden: auch wer unverschuldet ohne Arbeit ist, muss bleiben dürfen!
- Die aktuelle bis Ende 2009 bestehende Befristung der Gesetzlichen Altfallregelung muss aufgehoben werden, um auch in Zukunft Kettenduldungen zu vermeiden.

Presseerklärung30.03.09 Netzwerk LAND IN SICHT! - Arbeit für Flüchtlinge in Holstein ■

Netzwerk hilft Flüchtlingen bei Jobsuche

NIEDERSACHSEN. Ein neues Netzwerk will Flüchtlinge bei ihrer Suche nach einem Arbeits- oder Ausbildungsplatz unterstützen. Geplant ist, bis Oktober 2010 bundesweit 3000 Menschen in Arbeit oder Ausbildung zu vermitteln, in Hannover sollen es 80 sein. An dem hannoverschen Projekt namens „Arbeitsmarktzugang für Flüchtlinge „(AZF) beteiligen sich die Handwerkskammer Hannover, der Flüchtlingsrat Niedersachsen, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Bund Türkisch-Europäischer Unternehmer (BTEU). Zielgruppe des im November 2008 gegründeten Netzwerks sind Flüchtlinge, die eine befristete Arbeitserlaubnis, einen Aufenthaltstitel oder eine Duldung besitzen. „Flüchtlinge kommen mit vielen Kompetenzen zu uns, darunter sind Ärzte und Ingenieure, die hoch motiviert sind und arbeiten wollen“, sagte Honey Deihimi, Integrationsbeauftragte des Landes, bei der Projektvorstellung. Die hannoversche Initiative ist eines von vier Projekten in Niedersachsen, bundesweit sind es 43. Sie werden vom Europäischen Sozialfonds und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales gefördert.

„Alle Unternehmen können davon profitieren, Menschen aus unterschiedlichen Kulturen zu beschäftigen“, sagt Jans-Paul Ernsting, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer. „Auf der Suche nach einem Arbeitsplatz stehen Flüchtlinge vor unüberwindlichen Hürden“, beklagte Kai Weber vom Flüchtlingsrat Niedersachsen. Sie müssten durch Sprachkurse, Begleitung bei Behördengängen und Qualifizierungsmaßnahmen unterstützt werden. Vielen Unternehmen sei aber nicht bekannt, dass sie auch Flüchtlinge einstellen könnten. „Es ist besser, diese Menschen zu qualifizieren, als sie fürs Nichtstun zu bezahlen“, sagte der DGB-Landesvorsitzende Hartmut Tölle.

Quelle: „Hann. Allgemeine Zeitung“ vom 7.3.2009; flucht@nds-fluerat.org ■

Sammelunterbringung gefährdet Kinder und Jugendliche

HAMBURG. Die Unterbringung in Sammelunterkünften behindert Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung. Sie muss im Interesse des Kindeswohls umgehend abgeschafft werden. Zu diesem Ergebnis kommt der 15-seitige Bericht „Kein Platz für Kinder“, der von der Kindersprechstunde des „flucht•punkt“ jetzt vorgestellt wurde:

Flüchtlingsfamilien mit ungesichertem Aufenthaltsstatus werden in Hamburg in Sammelunterkünften untergebracht. Zahlreiche Klagen betroffener Kinder und Jugendlicher, aber auch von Sozialarbeitern und Jugendamtsmitarbeitern haben wir zum Anlass genommen, die Unterbringungssituation eingehend zu untersuchen.

Neben der Auswertung von Richtlinien und statistischem Material wurden 17 verschiedene Sammelunterkünfte in Hamburg von ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen aufgesucht. Die so gewonnenen Erkenntnisse und Eindrücke haben wir an den sozialrechtlichen Mindeststandards für angemessenen und menschenwürdigen Wohnraum und den universellen Kinderrechten gemessen, die in der UN-Kinderrechtskonvention niedergelegt sind.

Das Ergebnis: Flüchtlingskinder und ihre Familien leben in extremer räumlicher Enge unter Bedingungen, die an eine Notunterkunft erinnern, aber keineswegs kindgerecht sind. Die ansonsten geltenden sozialrechtlichen Mindeststandards hinsichtlich Wohnfläche und Wohnraumanzahl werden häufig erheblich unterschritten. Lärm, ein raues Wohnumfeld und nicht selten auch unzureichende hygienische Verhältnisse wirken sich belastend auf die Kinder aus und behindern sie in einer altersgerechten Entwicklung. Dieser Befund ist unabhängig davon, ob es sich um eine Gemeinschaftsunterbringung ohne eigene Küche und eigenes Bad oder um sog. abgeschlossenen Wohnraum in Sammelunterkünften handelt. Schulkinder leiden besonders:

Von 51 Kindern und Jugendlichen, die wir besucht haben, hatte ein einziges einen eigenen Schreibtisch. Kein Kind hatte ein eigenes Zimmer. Privatsphäre und Ruhe sind unter diesen Bedingungen ebenso wenig vorhanden wie ausreichender Raum zu altersgerechtem Spiel. Die von uns besuchten Familien lebten durchschnittlich seit acht Jahren in Hamburg. Bei der behelfsmäßigen Unterbringung handelt es sich also keineswegs um ein vorübergehendes Phänomen – sie hält häufig eine ganze Kindheit lang an.

Die Koalitionsfraktionen CDU und GAL haben sich im Koalitionsvertrag darauf verständigt, Flüchtlingsfamilien in familiengerechtem Standard in Hamburg unterzubringen. Mit diesem Bericht wollen wir auf diesen Prozess Einfluss nehmen und zeigen, dass einzig die Abschaffung der Sammelunterbringung von Flüchtlingsfamilien eine sachgerechte Lösung des Problems darstellt. Flüchtlingskinder haben sich ihr Schicksal nicht ausgesucht. Sie dürfen nicht weiter die Leidtragenden einer Politik sein, die durch eine Erschwerung der Lebensumstände möglichst keine „Anreize“ zum Zuzug ins Bundesgebiet bieten will. Zurecht wird gegenwärtig die Kinderarmut in von Hartz IV abhängigen Familien diskutiert und kritisiert. Ein Leben als Flüchtlingskind heißt gleichsam Kinderarmut zum Quadrat – hinsichtlich der reduzierten Regelsätze des Asylbewerberleistungsgesetzes, aber eben auch hinsichtlich des Wohn- und Entfaltungsraums. *flucht•punkt* ■

Download: http://www.fluchtpunkt-hh.de

Motorisiert und antiquiert
Einblick in die organisierte Rechte in Japan

Teil 1: Grundlagen und Regierungspartei

Um Informationen über die japanische Rechte richtig einschätzen zu können, sollte man sich zu allererst mit einigen Besonderheiten der japanischen Gesellschaft befassen, in der diese politische Gruppierung agiert. Auch die eigene Bewertung der Informationen muss diesem Kontext der kulturellen Andersartigkeit Rechnung tragen. Das bedeutet nicht, dass eine Bewertung aus linker deutscher Perspektive keine Existenzberechtigung hätte, sie muss sich aber ihres Ausgangspunktes bewusst sein.

Alltag und Politik

Es herrscht in Japan allgemein ein hohes Desinteresse an Politik. Dies zeigt sich, ähnlich wie in Deutschland, das im Vergleich noch gut dasteht, an der geringen Wahlbeteiligung. Insbesondere in der jungen Generation ist die Wahlbeteiligung besonders niedrig. Andere Dinge (Mangas, Luxusartikel, Computerspiele etc.) sind eben wesentlich spannender als der Urnengang in Japan.

Zum Vergleich: Wahlbeteiligung 2005:

Deutschland, Bundestagswahlen: 77,7%,

Japan, Parlamentswahlen: 67,5 %.

Zur Parlamentswahl 2005 hat die Regierung sogar Komiker eingespannt, die mit ihrem Konterfei auf Bierdeckeln in Izakayas (japanischen Spezialitäten-Restaurants) Werbung machten, ebenso fuhren als Zug verkleidete Lastwagen durch Tokyo, die in Kreischfarben und mit permanenten Lautsprecherdurchsagen zum Wählen animierten.

Der Gedanke, ob jemand wie Didi Hallervorden jemals in Deutschland als probates Mittel zur Wahlmotivation angesehen werden könnte, zeigt einmal mehr die Probleme, die der kulturelle Unterschied Japan – Deutschland beim Vergleichen bereitet. Festzustellen bleibt, dass in Japan ein anderes Politikverständnis herrscht, als es in Deutschland der Fall ist.

Andere Dimension: Monarchie

Während und bis zum Ende des 2. Weltkriegs hatte der japanische Kaiser die gesamte Staatsgewalt inne, entschied theoretisch auch allein über Krieg und Frieden. Von der politischen Einflussnahme wurde er durch die USA nach der Kapitulation Japans ausgeschlossen. Die Macht ging nach den Vorgaben der USA ganz auf das Parlament über. Die Forderung nach Wiederherstellung der durch den 2. Weltkrieg verloren gegangenen kaiserlichen Autorität ist etwas, dass alle Gruppen der japanischen Rechten gemein haben.

Eine Dimension weniger: Jugendsubkultur

Was so gut wie gar nicht vorkommt, sind politisch motivierte Schlägerbanden, die in der Öffentlichkeit entweder gezielt auf Jagd nach ihnen unerwünschten Personen gehen oder sich aus dem Affekt heraus dazu entschließen. (Einige Ausnahmen mag es geben, mit einer Identität wie sie in Jugendsubkulturen in Deutschland zu erfahren ist, sollte man es jedoch nicht gleichsetzen.)

LDP / Norm-Bevölkerung

Anders als in Deutschland gibt es in Japan keine ausgeprägte Diskussionskultur. Entschlüsse werden traditionell eher einstimmig gefasst. Eine andere/eigene Meinung zu haben, ist nicht unbedingt etwas, dass in Japan als wichtige Charaktereigenschaft gilt. Dies ist wohl mit ein Grund (1), warum seit 1955, mit einer kurzen Ausnahme 1993/94, also seit knapp 54 Jahren immer die gleiche Partei, die LDP = Liberaldemokratische Partei, demokratisch gewählt wird. Es gilt an dieser Stelle einmal festzustellen, dass es in Japan freie Wahlen gibt mit immer dem gleichen Resultat. 16 Jahre Kohl sind nichts dagegen!

Zumindest bis Anfang der 1990er Jahre wurde angesichts der schwachen Opposition vom „Eineinhalbparteiensystem“ gesprochen. Die größte Partei unter den kleinen Oppositionsparteien ist die DPJ (Demokratische Partei Japans), die sich aber aus der LDP abgespalten hat.

Diese Tatsache wirft ein die Frage auf, ob ein Land wie Japan tatsächlich die demokratische Staatsform verstanden hat oder sie überhaupt will, bzw. ob so eine Staatsform für die die LDP wählenden Japaner nötig ist oder nicht.

Dies soll in diesem Text jedoch nicht weiter erörtert werden, da wir uns eher mit den Gruppierungen am rechten Rand der japanischen Gesellschaft befassen und nicht mit den faschistischen Tendenzen innerhalb des japanischen Kulturmainstreams.

Jedoch: Vergegenwärtigt man sich nun oben Beschriebenes und schaut sich den Stammbaum (2) der gewählten Premierminister an, so wird schnell klar, dass die Japaner inoffiziell gerne königsnah wählen (z.B. derzeit Taro Aso) oder zumindest die politische Macht in Japan nur in Familiendynastien legen, die sonst auch nichts anderes gemacht haben.

Nebenbei bemerkt gibt es auch ein eigenes Ministerium (3), welches dem Kabinett direkt unterstellt ist, und sich ausschließlich um die Königsfamilie kümmert. Natürlich subventioniert durch Steuergelder.

Die LDP tritt offiziell als liberale Partei an. Sie vertritt das, was in Japan als konservative Mitte angesehen wird. Diese Bezeichnung wäre aus europäischer Sicht sicherlich untertrieben.

Organisiert ist die LDP wie eine typische Volkspartei mit lokalen und regionalen Verbänden. Insgesamt gibt es ca. 1,7 Mio. Mitglieder, was ca. 1,67 % der Wahlberechtigen entspricht. Besonders ist, dass es innerhalb der LDP nach außen offen erkenntliche Seilschaften gibt, die sich über Jahre gehalten haben. Sie sind in etwa zu vergleichen mit den „Falken“ der Republikaner in den USA, allerdings sind die Unterschiede zwischen

Mumia Abu-Jamal: Online-Petition



Im April wird der amerikanische Rundfunk-Journalist Mumia Abu-Jamal 55 Jahre alt. 27 davon hat er mittlerweile im Todestrakt verbracht.

Seit 27 Jahren kämpft er darum, seine Unschuld beweisen zu können. Amnesty International hat seinem Prozess im Jahr 2000 einen eigenen Report gewidmet, in dem ein haarsträubender Verfahrensskandal nach dem anderen aufgelistet wird und der mit der Forderung nach einem neuen Verfahren endet, die Amnesty bis heute bekräftigt.

Die unendliche Geschichte nähert sich dem Ende. Als allerletzte seiner juristischen Möglichkeiten liegt der Fall nun vor dem US Supreme Court der Vereinigten Staaten.

Aber auch die Staatsanwaltschaft gibt nicht auf und hat vor dem gleichen Gericht beantragt, die Aussetzung des Todesurteils für Abu-Jamal im Jahr 2001 zu beenden und ihn ohne weitere juristische Prüfung hinrichten zu lassen.

Um den Antrag auf Anhörung und die letzte Chance auf ein neues Verfahren zu unterstützen, ist eine Online Petition an die Richter des Supreme Court eingerichtet worden.

http://www.PetitionOnline.com/supreme/petition.html

Bitte unterschreibt diese Petition und verbreitet sie weiter!

den Gruppen nicht der Programminhalt, sondern eher limitiert auf Personen bezogen, um die sich die Gruppenmitglieder scharen.

„Ansonsten ist die LDP kaum mit einer Programmpartei westlichen Typs vergleichbar. Die Ämtervergabe verläuft somit auch weniger nach Prinzipien wie Transparenz oder Gerechtigkeit, sondern eher nach der Begünstigung von Mitstreitern aus der Fraktion und der Wahrung der innerparteilichen Balance.“ (4)

Durch die lange Zeit in der Regierung, wie oben bereits erwähnt, ist die politische Linie von Wirtschaft, Ministerien und LDP eng verschmolzen. Eine Trennung zwischen der Politik der Ministerien, der LDP als alleinregierender Partei und einem Großteil der Japaner ist schwer zu vollziehen, haben doch die japanischen Wahlberechtigten eben immer diese Partei wiedergewählt und damit auch der Politik der Ministerien zugestimmt.

Nennenswerte Proteste seitens der Bevölkerung gegen die Regierungspolitik gab es kaum, wenn man von den verstimmten Resonanzen auf die Vielzahl von Korruptionsvorwürfen einmal absieht, oder dem unpopulären Vorhaben des ehemaligen Premierministers Koizumi, die Post zu privatisieren.

Ein Beispiel von vielen für die nationale Ausrichtung der Politik der LDP ist die Verpflichtung der Schulen in Tokyo zum Aufhängen der japanischen Flagge und dem Aufstehen und Singen der Nationalhymne bei Entlassungsfeiern. Ähnliche Vorschriften gibt es auch in anderen Bezirken Japans.

Seit 5 Jahren wird inzwischen die Einhaltung dieser Vorschriften durch Staatsbeauftragte tatsächlich geprüft.

Lehrer, die dieser Verpflichtung nicht nachgekommen sind, wurden seit Oktober 2003 in 410 Fällen mit Unterrichtsverbot von bis zu 6 Monaten und Geldstrafen bzw. Lohnausfall kriminalisiert und bestraft. Die sonst übliche Teilzeitanstellung nach der Pensionierung wurde in 38 Fällen verwehrt. Außerdem wurden mehrfach Disziplinargespräche durchgeführt, die eindeutig zur Einschüchterung der Lehrkräfte gedacht waren. Um den Druck noch zu erhöhen, wurden bei Lehrern, die selbst mitsangen, ihre Klasse aber nicht, Zwangsschulungen in den Ferien angeordnet, an denen das gesamte Kollegium teilnehmen musste. Dadurch entstehen natürlich sehr schwierige Situationen für die Lehrer, die durch ihr „pädagogisches Versagen“ sich nun vor dem Kollegium für die Arbeit in den Ferien verantworten müssen. Es sind dies Arten der sehr wirksamen sozialen Kontrolle, die in Japan äußerst ausgeprägt ist und oft als Ursache für die hohe Suizidrate angesehen wird. Eine Kontrolle, die sich die LDP gern zunutze macht.

Gegen den Aufsteh- und Mitsingzwang klagten 172 Lehrer vor einem Bezirksgericht in Tokyo und verloren am 2.4.2009 den Prozess. Die Staatspresse und die Bevölkerung verfolgt diesen Prozess wie gewohnt desinteressiert, und es scheint einen gesellschaftlichen Konsens zu geben, dass Menschen, die nicht aufstehen und singen wollen, bestraft werden müssten. Bestrafung - wodurch auch immer –, weil sie nicht der Norm entsprechen. Immerhin gehen die Lehrer nun in Berufung zum obersten Gericht.

Übrigens wurde auch hier in einigen Schulen der Konflikt auf typisch japanische Art und Weise gelöst, indem die Fahne aufgehängt wurde, aber hinter der Gardine.

Dass man Ausländern gegenüber generell skeptisch eingestellt ist, wird an vielen Punkten sichtbar. Die Immigrationsbehörde ruft z.B. dazu auf, „auffällige Ausländer“ zu melden. (5) Laut Angaben vom Pressesprecher der Behörde gab es bereits 780 Tipps im ersten Monat der Webseite.

Dass solche Aktionen bei der japanischen Bevölkerung auf fruchtbaren Boden fallen, ist nicht verwundernswert. LDP, Medien und Erdbeben halten Japaner in einem standigen Bedrohungsszenario sehr geschickt auf Trab. Z.B. verging im März 2009 kein Tag, ohne dass das japanische Regierungsfernsehen (NHK) nicht von der Bedrohung durch den geplanten nordkoreanischen Raketentest und die japanischen Vorbereitungen darauf berichtete.

Auch als vor ca. zwei Jahren ein Gesetz beschlossen wurde, dass von nun an alle Nicht-Japaner, die nach Japan wollen, am Flughafen Fingerabdrücke und Fotos von sich abgeben müssen, gab es im Gros der Bevölkerung eher Zustimmung. Teilweise wurden ernsthaft Argumente wiedergekaut, dass es dem Schutz vor Terrorismus dienen würde, weil schon mal ein vermeintlicher Terrorist in Japan gewesen ist (zum Umsteigen in ein anderes Flugzeug).

Dieses Gesetz trifft sogar in Japan lebende und registrierte Ausländer, die einen Tag außerhalb Japans verbringen und wieder zurück einreisen.

Dazu kommt noch, dass die Regierung ein uneingeschränktes Bleiberecht für diejenigen erteilt, die sich nachweislich um Japan verdient gemacht haben oder mit einem/r Japaner/Japanerin verheiratet sind; dennoch müssen auch sie ihr Rückkehrrecht alle drei Jahre beantragen. Wer dieses Rückkehrrecht nicht hat, der kann trotz uneingeschränktem Bleiberecht nicht nach Japan einreisen.

Der Bürgermeister von Tokyo, Shintaro Ishihara (natürlich LDP und ein großer Verfechter von Nationalhymne und Flaggen an Schulen), hat bereits im Jahr 2000 seine Befürchtungen mitgeteilt, dass „anzunehmen ist, Ausländer plündern und stiften Unruhe nach einem Erdbeben“.

Die Polizei der Provinz Nagano hängte an den örtlichen Geldautomaten Plakate auf, auf denen Trickbetrüger weißer Hautfarbe zu sehen sind, die Japanern ihr gerade erst abgehobenes Geld rauben.

Dazu passt der im Jahr 2005 erschienene Bericht der Vereinten Nationen über Rassismus und Ausländerfeindlichkeit in der japanischen Gesellschaft. In diesem Bericht wird ein tiefer und profunder Rassismus in Japan angeprangert und die Ignoranz der Regierung zu dem Thema.

B. Onenkai ■

Zweiter Teil folgt in der nächsten Ausgabe der AN.

1 Ein anderer wichtiger Grund ist, dass Entscheidungen in Japan eher zu Gunsten von bereits gemachten Erfahrungen fallen.
2 http://en.wikipedia.org/wiki/Taro_Aso
3 www.kunaicho.go.jp
4 http://www.polixeaportal.de/index.php/Lexikon/Detail/id/72753/name/LDP+(Japan)
5 http://www.immi-moj.go.jp/zyouhou/index.html

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.

Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Pro Köln wirbt mit ganzseitiger Anzeige

Junge Freiheit Nr. 13/09 vom 20. März 2009

Pro Köln und Pro NRW werben mit einer ganzseitigen Anzeige für ihren nächsten Anti-Islamisierungs-Kongress am 9. Mai in der Kölner Innenstadt – unter der Überschrift „Wir sind das Volk! – für Demokratie und Meinungsfreiheit – gegen Islamisierung und Überfremdung“. Als Redner angekündigt sind Filip Dewinter, Vlaams Belang, Robert Spieler, Nouvelle Droite Populaire, Harald Vilimsky, FPÖ-Generalsekretär, Markus Beisicht, Pro Köln, Judith Wolter, Pro Köln, Henry Nitzsche, Bundestagsabgeordneter, ehemals CDU, jetzt Wählervereinigung „Arbeit, Familie, Vaterland“, Andreas Mölzer, Österreich, MdEP jetzt ohne Partei, Mario Borghezio, Italien, MdEP, jetzt ohne Partei, Carl Lang, Frankreich, MdEP, jetzt ohne Partei. Diese Anzeige bleibt allerdings für die nächsten drei Ausgaben die einzige und wird – anders als bei der ersten Kongressplanung – vom Blatt auch nicht mit redaktionellen Beiträgen begleitet.

Zehn Jahre Jugoslawien-Krieg aus rechter Sicht

Junge Freiheit Nr. 13/09 vom 20. März 2009

Die bundesdeutsche Rechte ist weit entfernt davon, Kriegseinsätze der Bundeswehr zu unterstützen, solange diese Kriegseinsätze unter Koordination der Nato stehen. Zu zehn Jahren Jugoslawien-Krieg kommentiert das Blatt: „Die Entscheidung für den Kosovo-Krieg markierte Abschied und Neuansatz zugleich: Sie verwies die ‚deutschen Interessen‘ als Maxime der Außenpolitik auf einen hinteren Rang – und sie öffnete den Weg für eine fremd orientierte Interpretation der ‚sicherheitspolitischen Verantwortung‘ Deutschlands.“ Wenn das Interesse also nur deutsch genug gewesen wäre, dann?

Mobilisierung für Bürgerbegehren

Junge Freiheit Nr. 14/09 vom 27. März 2009

Die Befürworter der direkten Demokratie müssen sich mit dem Bestreben rechtsextremer Kräfte auseinandersetzen, Bürger- und Volksbegehren für ihre eigenen Zwecke zu missbrauchen. Das Blatt kommentiert: „Gerade weil konservative Politik aufgrund der Zusammensetzung der politischen Klasse schon seit Jahrzehnten nicht mehr opportun ist, bietet die direkte Demokratie die Möglichkeit eines Korrektivs. Hätte der Maastrichtvertrag und damit die Einführung des Euro, den eine überwältigende Mehrheit im Bundestag durchwinkte, bei einer Volksabstimmung eine Chance gehabt? Dasselbe betrifft den Lissabonkontrakt, die mögliche EU-Mitgliedschaft der Türkei, der sich CDU und CSU letztlich nicht entgegenstellen werden, die Verschandelung vieler Innenstädte durch moderne Quadrat-Architektur, die Durchsetzung links-alternativer Verkehrspolitik und und und. Berlin mit seiner betonierten strukturell linken Mehrheit hat sich zum Musterbeispiel konservativen Widerstands durch Volksbegehren gemausert … Nach Tempelhof steht nun die Frage an, ob die Diskriminierung des Religionsunterrichts gegenüber dem staatlichen Fach Ethik beibehalten bleiben soll.“

„Deutschland verblödet“

Junge Freiheit Nr. 15/09 vom 3. April 2009

Unter dieser Überschrift beklagt Blatt-Autorin Doris Neujahr, dass sich „in Krisenzeiten … vor allem die Unterschicht ihre Kinderwünsche“ erfülle – und damit entstehe ein Problem, das sich nur als rassistisch begründetes beschreiben lässt: Sie beruft sich auf ein Modell zweier US-amerikanischer Soziologen (Herrnstein und Murray) und schlussfolgert: „Das soziale, gesellschaftliche, intellektuelle IQ-Kapital, das akkumuliert werden kann, ist ohnehin bescheiden. Wieder wachsen überdurchschnittlich viele Alleinerziehende und Sozialhilfeempfänger heran … Das Modell lässt sich sinngemäß auf weitere Gruppen übertragen, so auf Zuwanderer, die bereits in den Herkunftsländern zu den Unterschichten zählten. Zum geringen IQ, der Abhängigkeit von Transferzahlungen usw. kommen die Sprach- und Kulturbarrieren. Ein Interesse an sozialem Aufstieg und an staatsbürgerlicher Verantwortung kann von ihnen nicht erwartet werden.“ Doris Neujahr endet bei einer rassistisch begründeten Steuer- und Sozialpolitik – im kurzen 1000jährigen Reich hieß das Programm die Vernichtung und Verhinderung sogenannten lebensunwerten Lebens – bei ihr heißt es: „Eine rationale Bevölkerungspolitik müsste sich von egalitären Anwandlungen frei machen. Die entsprechenden Sozialleistungen sollten in der Regel deutschen Staatsbürgern vorbehalten bleiben … In der Steuerpolitik wäre eine drastische Anhebung der Kinderfreibeträge angezeigt, so dass Besserverdienende, die in der Regel über einen höheren IQ verfügen, Ja zum Kind sagen können, ohne soziale Einbußen und Risiken fürchten zu müssen.“ *uld* ■

Bundesparteitag der NPD: Voigt weiterhin Vorsitzender

Udo Voigt bleibt Bundesvorsitzender der NPD. Seit Wochen wurde die Wahl zum Parteivorsitz mit Spannung erwartet. Gegen Voigt trat der NPD-Fraktionsvorsitzende im Schweriner Landtag, Udo Pastörs, an – und scheiterte überraschend deutlich. Der Verlauf des Parteitages hatte sich aufgrund umfangreicher Debatten rund um den Rechenschaftsbericht des alten Vorstandes und durch die Kampfkandidatur um den Parteivorsitz um mehrere Stunden verzögert. Von den insgesamt 218 abgegebenen Stimmen entfielen auf Udo Voigt 136. Sechs Parteitagsmitglieder enthielten sich ihrer Stimme, vier Stimmen waren ungültig. Als Stellvertreter stellten dem Vorsitzenden die Delegierten Karl Richter (166 Stimmen), Frank Schwerdt (137 Stimmen) und Jürgen Rieger (111 Stimmen) zur Seite. Während der Münchner Stadtrat Karl Richter als gemäßigter und eher intellektuell ausgerichteter Rechtsextremist gilt, kann der stramme und monetär potente Neonazi Jürgen Rieger bis weit in die extremistische Szene für Zuspruch sorgen.Hierzu tragen allerdings auch viele der Besitzer im NPD-Bundesvorstand bei: Mit Thomas „Steiner“ Wulff und Thorsten Heise gehören gleich zwei der wesentlichen Architekten der „Volksfront von rechts“ zwischen NPD und freier Szene der NPD-Führungsmannschaft an.

Quelle: www.endstation-rechts.de ■